
Rezensionen / Book Reviews

Charlotte Oesterreich, Die Situation in den Flüchtlingseinrichtungen für DDR-Zuwanderer in den 1950er und 1960er Jahren. „Die aus der Mau-Mau-Siedlung“, Verlag Dr. Kovač: Hamburg 2008. 458 Seiten. 88,00 €

Die vorliegende Forschungsarbeit zur „Situation in den Flüchtlingseinrichtungen für DDR-Zuwanderer in den 1950er und 1960er Jahren“ wurde im Kontext der Erziehungswissenschaften geschrieben. Das explizite Anliegen der Autorin war es, „eine Rehabilitation der damals überwiegend diskriminierten abgelehnten Zuwanderer [zu] bewirken“ (S. 27). In der Einleitung bezieht sie sich dabei auf die Befreiungspädagogik von Paolo Freire und stellt auch aus diesem Grund die Erfahrungen der ehemaligen Lagerbewohner/-innen in das Zentrum ihrer empirischen Forschung. Dabei fragt sie nach den Lebensbedingungen in den Notunterkünften, den organisatorischen und politisch-administrativen Rahmenbedingungen sowie den Folgen, die die Erlebnisse und Erfahrungen des Lagerlebens auf das spätere Leben der Betroffenen haben. Ein Fokus der Untersuchung liegt auf Frauen und deren Kindern sowie der Situation in West-Berlin.

Zu den Lebensbedingungen der Flüchtlinge in West-Berlin liegt laut Oesterreich wenig Forschung vor, zumal bisher meist die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten im Zentrum der Auseinandersetzung stehen. Diese Lücke möchte die Autorin anhand der von ihr durchgeführten narrativen Interviews mit DDR-Flüchtlingen schließen, die sie um Befragungen ehemaliger Mitarbeiter/-innen von Notunterkünften und Betreuungseinrichtungen ergänzt hat. Insgesamt interviewte sie 18 Betroffene und vier Expert(inn)en. Die Interviews mit den ehemaligen Lagerbewohner(inne)n wurden im Rahmen des „Oral History“-Ansatzes

durchgeführt und ausgewertet. Das umfangreiche Material ergänzte sie um Archivmaterialien und Publikationen, um eine „multiperspektivische Gesamtdarstellung“ vorzunehmen (S. 30). Ihre eigene Lagererfahrung als Jugendliche mit den entsprechenden Vor- und Nachteilen als Betroffene im Forschungsprozess reflektiert sie selbstkritisch.

Im Zentrum des zweiten Kapitels stehen zunächst die Lebensbedingungen der Bundesbürger/-innen sowie West-Berliner/-innen in den 1950er Jahren, wobei ihre Interviewpartner/-innen hier noch nicht zu Wort kommen. Die Zerstörungen als Folge des Zweiten Weltkriegs waren noch überall sichtbar, viele Menschen mussten sich weiterhin einschränken und längst nicht alle konnten am beginnenden Wohlstand partizipieren. Die West-Berliner/-innen mussten besonders lange auf die Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen warten. In vielen Familien kam es außerdem zu Rollenkonflikten zwischen den (männlichen) Heimkehrern aus dem Krieg und ihren Ehefrauen; eine hohe Zahl an Ehescheidungen war die Folge. Die Wohnungsnot und die hohe Arbeitslosigkeit wurden durch die Konkurrenz von anerkannten und abgelehnten Flüchtlingen aus der DDR mit der einheimischen Bevölkerung verschärft.

Im dritten Kapitel geht es um die Abwanderung aus der SBZ (Sowjetisch besetzte Zone) bzw. der DDR. Bis zum Berliner Mauerbau sollen ca. 3 Millionen Menschen geflüchtet sein, wobei es keine gesicherten Daten hierzu gibt. Ihre Fluchtgründe waren vielfältig, sie reichten von politischer Verfolgung über eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem System der DDR bis zum Wunsch, mit der im Westen lebenden Verwandtschaft zusammenzukommen. Ab hier bezieht Oesterreich die Ergebnisse aus ihren Interviews in die Darstellung mit ein. Die fehlende Trennung von Theorie und Empirie ist für eine Forschungsarbeit ungewöhnlich, liest sich allerdings sehr flüssig. Problematisch wird es immer dann, wenn unklar bleibt, ob Aussagen aus den Interviews zu Fakten der Zeitgeschichte „umdefiniert“ wurden oder sich mit dem bisher publizierten Forschungsstand decken bzw. diesen ergänzen. Auch werden die

Angaben der Interviewten teilweise etwas frei interpretiert oder gar in Frage gestellt („Diese Erklärung ist wenig nachvollziehbar [...]“, S. 95). Jedoch werden die z. T. recht trockenen Aussagen zu den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen aus den übrigen Quellen erst lebendig durch die ausführlichen Zitate aus den Interviews.

Einfühlsam lässt Oesterreich die Betroffenen von den meist mühseligen Fluchtvorbereitungen berichten. Freunde und Verwandte mussten zurückgelassen werden und waren auch selten in die Fluchtentscheidung eingeweiht, um das Unternehmen nicht zu gefährden. Dass mit der Ankunft im Westen nicht alles „golden“ war, wird in den nächsten Kapiteln eindrücklich dargestellt. So stellten sich gleich die ersten Befragungen im Notaufnahmeverfahren, das im vierten Kapitel beschrieben wird, als geheimdienstliche Verhöre zur Enttarnung von Spionen und Auskundschaften der DDR dar.

Bei der historisch sehr akribischen Darstellung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des Aufnahmeverfahrens wird deutlich, dass die DDR-Flüchtlinge in der Bundesrepublik nicht etwa mit offenen Armen aufgenommen wurden, obwohl sie durchaus erfolgreich politisch instrumentalisiert werden konnten – als Beweis für die Überlegenheit des westlichen Systems. Vor allem durch Dokumente und gesetzliche Regelungen aus und für West-Berlin zeigt die Autorin auf, welche Belastung der Flüchtlingsstrom in den 1950er Jahren für die Stadt darstellte und welche Konsequenzen dies für die abgelehnten Zuwandernden hatte, die zwar nicht in die DDR zurückgeschickt wurden, aber keinen bewirtschafteten und somit günstigen Wohnraum anmieten und auch nur in Sonderfällen eine Arbeit aufnehmen durften. Zudem konnten sie nicht in die Bundesrepublik ausgeflogen werden, wo das Arbeitsverbot nicht bestand. Nicht nur an dieser Stelle drängt sich der Vergleich zur heutigen Situation von geduldeten Flüchtlingen in Deutschland auf, wie auch die Autorin selbst an anderer Stelle andeutet.

Die beiden nächsten Kapitel beschäftigen sich mit der Flüchtlingsaufnahme speziell in West-Berlin und den abgelehnten Flüchtlingen, die zu einem Teil wieder desillusioniert in die DDR zurückkehrten. Obwohl versucht wurde, die Zuwanderung auf politisch Verfolgte zu begrenzen, stellten diese laut Oesterreichs sorgfältigen Recherchen nur 14,2 Prozent der Aufgenommenen dar. Überhaupt ist es gerade in diesen beiden Kapiteln beeindruckend, wie die Autorin ihre Informationen aus den unterschiedlichsten Quellen zusammenträgt. Selbst Details wie die Zusammensetzung von Medikamenten werden von ihr nachrecherchiert. Daneben wird die große Empathie der Autorin für die von ihr Befragten deutlich. Die sehr dichten Beschreibungen lesen sich wie ein Roman – jedoch liegt hier, wie bereits an anderer Stelle benannt, auch die Gefahr, wenn nämlich aus *Beschreibungen* eher *Zuschreibungen* werden und die Autorin ihre eigenen Erfahrungen zu sehr (beziehungsweise nicht abgrenzbar) in die Interpretation der Interviewaussagen einfließen lässt. Auch Informationen aus Zeitzeugeninterviews im Rahmen von „Oral History“ müssen mit anderen Quellen kritisch diskutiert werden, wie es üblicherweise in der sozialwissenschaftlichen Forschung erst nach der deskriptiven Darstellung von Forschungsstand und eigenen empirischen Ergebnissen erfolgt.

Im siebten und achten Kapitel geht es dann um die Notaufnahmelager sowie die Wohnlager. Hier wird durch die Gegenüberstellung von sachlichen Informationen wie der viel zu knapp bemessenen Kalorienanzahl in der Essensversorgung und den Erzählungen der Interviewten über die dauernde Verletzung ihrer Intimsphäre in den beengten Wohnverhältnissen und die Ausgrenzungserfahrungen bereits der Kinder deutlich, welcher Diskriminierung und Abwertung „die aus der Mau-Mau-Siedlung“ (Untertitel des Buches) ausgesetzt waren.

Die Autorin hat durch ihre Zeitzeugen-Interviews eine Fülle von Material zusammengetragen, das eine tiefgehende Analyse im Kontext sozialer Ausgrenzung lohnen würde. Die Exklusion vieler Betroffenen aus der bundesdeutschen Gemeinschaft bei

gleichzeitiger Inklusion in das System der Lagerbewohner/-innen, die Abwertungserfahrungen, all diese theoretischen Ansätze und empirischen Forschungen könnten mit den Interviews verknüpft und überprüft werden. Auch die im achten Kapitel thematisierte Sozialfürsorge, die zur Stigmatisierung der von ihr Betreuten nicht unwesentlich beitrug, wäre eine genauere Betrachtung wert. Jedoch ist zu respektieren, dass die Autorin sich im Wesentlichen darauf beschränkt hat, den Betroffenen durch ihre Befragung Gehör zu verschaffen und deren Erzählungen mit weitergehenden Recherchen zu unterlegen. Dies führt auch zwangsläufig dazu, dass der rote Faden des Buches eher assoziativ denn streng durchstrukturiert erscheint.

In den Kapiteln neun, zehn und elf beschäftigt sich Oesterreich mit den Flüchtlingssiedlungen, der Situation der Zugewanderten in der Bundesrepublik und der Auflösung der Lager in den späten 1960er Jahren. So war der Umzug aus den Lagern in die Flüchtlingssiedlungen zunächst eine Verbesserung, die Wohnsituation führte aber weiterhin zu einer fehlenden Intimsphäre und daraus resultierend Spannungen und Aggressionen. Noch heute wohnen viele ehemalige Lagerbewohner/-innen in den heute sanierten Siedlungen. Ausgrenzungserfahrungen machen sie laut Oesterreichs Recherchen noch heute, während auch viele formal Integrierte weiterhin an den psychosozialen Folgen des Lagerlebens leiden. So stellt die Autorin in der Zusammenfassung ihrer Forschungsarbeit die These auf, dass die kumulativen Belastungen von aus der DDR Zugewanderten noch heute nachwirken. Die Kriegs- und z. T. Haft-erfahrungen, die kraftverzehrenden Fluchtvorbereitungen und die belastende Situation in den Flüchtlingslagern hätten bei vielen Betroffenen andauernde Krisen und Traumatisierungen ausgelöst. Dieses Feld gelte es durch tieferegehende Forschung zu beackern.

Der Autorin ist es zu verdanken, dass die durchweg als Erfolgsgeschichte dargestellte Entwicklung der Bundesrepublik auch im Hinblick auf ihren Umgang mit den aus der DDR Zugewanderten kritisch hinterfragt werden kann. Im Sinne Paolo Freires hat sie

einen Dialog geführt, statt eine neutral-sachliche Distanz zu ihren Interviewten aufrecht zu erhalten. Dies ist Stärke und manchmal auch Schwäche der Arbeit. Die *Kultur des Schweigens* hat sie mit ihrer Arbeit in jedem Fall überwunden und dichte Schilderungen des von Armut und Ausgrenzung geprägten Lagerlebens generiert.

Die vorgestellte Publikation lässt die Leser/-innen dennoch mit vielen Fragen zurück. Dies ist allerdings durchaus positiv gemeint. Die Ergebnisse machen neugierig, regen zu weiteren Fragestellungen an und können / sollten weitere Forschungsvorhaben zum Thema realisierbarer machen – Argumente liefert die Autorin genug!

Insofern ist die Zielgruppe der Publikation schwer einzugrenzen. Welche Dimensionen und Ansätze auch immer verfolgt werden, an diesem Buch kommt niemand vorbei, der / die sich mit dem Thema DDR-Flüchtlinge auseinandersetzt. Gut lesbar geschrieben ist es auch für Studierende verständlich. Darüber hinaus sei an dieser Stelle verraten, dass die Forschungsergebnisse Charlotte Oesterreich zu einem Roman inspiriert haben, der hoffentlich noch 2010 erscheint.

Susanne Gerull

Janick Marina Schaufelbuehl (Hg.), 1968–1978. Ein bewegtes Jahrzehnt in der Schweiz. Une décennie mouvementée en Suisse, Chronos Verlag: Zürich 2009. 334 Seiten. 31 €

„Die 68er Bewegung in der Schweiz: Politisches Engagement als Lebensinhalt und als Lebensform 1965–1978“, das ist der Name eines Forschungsprojektes, in dem die Herausgeberin des vorliegenden Bandes unter der Leitung von Marianne Studer (Universität Bern) und Jean Batou (Lausanne) arbeitet. Das Projekt soll in erster Linie die biographischen und subjektiven Ebenen von „1968“ erschließen helfen. Zwar fehlen Angaben zu den AutorInnen des hier anzuzeigenden Bandes, doch dürften ihre Beiträge in der Regel aus studentischen Abschlussarbeiten entstanden sein, während das

Buch selbst wohl im Zusammenhang des 2010 sein Ende findenden Projektes steht.

Der Band enthält ein ausführliches Vorwort und 23 Beiträge, die den vier Kapiteln „Die schweizerische 68er Bewegung im Kontext der globalen Protestwelle“, „Die internationale Solidarität als politisches Engagement“, „Die Geschlechterbeziehungen im Fokus der 68er Bewegungen“ und „Gegenkultur und Reaktion des Establishments“ zugeordnet sind. Acht der Beiträge sind in französischer Sprache verfasst.

Marianne Studer lässt in ihrem Artikel die gemeinsamen kognitiven Orientierungen der 68er Revue passieren, um dann den Subjektivismus und die „Betroffenheit“ als zentrale politische Praxis zu reflektieren. Marica Tolomelli vergleicht nochmals 1968 in der Bundesrepublik und in Italien. Das zweite Kapitel widmet sich einem bis heute wichtigen Feld der schweizerischen Linken, dem Internationalismus. Die internationale Solidaritätsbewegung darf in der Schweiz als eines der am besten historisch erforschten Aktionsfelder der 1968er und ihrer NachfolgerInnen gelten, auch aus diesem Grunde wurden dazu im letzten Jahrzehnt etliche Veröffentlichungen (auto-)biografischer und organisationsgeschichtlicher Couleur vorgelegt. Manuel Schär untersucht die Wandlungen, die der Begriff „Entwicklung“ um 1968 herum in der Schweiz erfuhr und die verkürzt mit dem Satz „Von der Modernisierungs- zur Dependenztheorie“ umschrieben werden können. Konrad Kuhn stellt mit der „Erklärung von Bern“ einen wichtigen entwicklungspolitischen Akteur der 1970er Jahre näher vor. Marc Griesshammer berichtet über die Vietnamsolidarität in der Schweiz und Marcel Dreier untersucht am Beispiel der politischen Arbeit zu einigen afrikanischen Ländern, wie durch die Vorherrschaft eines „sehnsuchtsvollen Romantizismus“ in der antiimperialistischen Solidaritätsarbeit die konkrete historische Realität des Modells „nationaler Befreiung“ allzu oft aus dem Blick geriet. Schließlich berichtet Nuno Pereira über die schweizerische Solidaritätsarbeit mit dem Widerstand gegen die faschistische Diktatur in Portugal.

Das nächste Kapitel widmet sich der (neuen) Frauenbewegung und der Veränderung der Geschlechterbeziehungen. Anfang 1975 fand in der Schweiz die erste öffentlich wahrnehmbare Auseinandersetzung zwischen der etablierten und der neuen Frauenbewegung statt. Die feministischen Proteste gegen den 4. Schweizerischen Frauenkongress waren zugleich der Auftakt der national koordinierten „Abtreibungskampagne“, wie Renate Schär berichtet. Stefan Bittner nimmt in seinem Beitrag das Motiv des „Romantischen“ auf und untersucht am Beispiel einer Aussteiger-Gruppe ein Beispiel aus den experimentell-emotionalen Subkulturen. Das in der Forschung zu „1968“ immer wieder aufgegriffene Phänomen der transnationalen Kommunikation und Interaktion ist das Leitmotiv des Beitrages von Ariane Tanner. Sie berichtet über die Entstehung der bis heute existierenden Kommune „Longo mai“, die auf der Grundlage eines transnationalen Projekts und unter Beteiligung verschiedener AktivistInnen aus Österreich und der Schweiz entstand. Die „Zürcher Produzentengalerie“ (Produga) ist ein Beispiel für kollektives Handeln von Kunstschaffenden. Die Produga arbeitete ab 1972 in und für die Neue Linke; sie gestaltete vor allem Plakate, am bekanntesten wurde ihre Arbeit für die Anti-Atom-bewegung Ende der 1970er Jahre. Sarah Minguet untersucht die „harte Reaktion“ der Verwaltung der Universität Lausanne auf die vom französischen Mai inspirierten Studierendenproteste und die Bemühungen jener Verwaltung, die Proteste, unter anderem durch eine enge Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden, zu kontrollieren. Der Gegenkultur widmet sich schließlich Maria Tortajada. Sie zeigt, wie das *nouveau cinéma suisse* neue visuelle Formen von Repräsentation entwickelte.

2008 erschienen zwei Bände, die „1968“ und die Folgen am Beispiel der beiden wichtigen deutschschweizerischen Städte Bern und Zürich thematisierten. Der Band *1968–1978* kann in diese Reihe der in Buchform publizierten, gesammelten Mikrostudien eingeordnet werden. Der einleitende Beitrag von Studer geht zwar etwas tiefer, argumentiert aber nur entlang von Linien, die in der deutsch-

sprachigen Debatte gängig sind. Eine Kontextualisierung innerhalb der schweizerischen Kultur- und Sozialgeschichte findet in den Beiträgen nur fragmentarisch statt. Insofern ist der Band auch kein – wie angesichts seines Titels vermutet werden könnte – Beitrag zur Debatte um die Boom-Jahre des Fordismus, sondern begrenzt sich eher auf die Bewegungsgeschichte im engeren Sinne.

Bernd Hüttner

**David Waddington / Fabien Jobard / Mike King (Hg.),
Rioting in the UK and France: A Comparative Analysis,
Willan Publishing: Cullompton / Portland 2009. 276 Seiten.
55,00 €**

Dieser Sammelband dokumentiert die Ergebnisse zweier 2007 abgehaltener Workshops zur komparativen Analyse französischer und britischer *riots*. Der Fokus liegt dabei auf der letzten Dekade und insbesondere auf den Jahren 2001 und 2005, wobei die Autoren und Autorinnen immer wieder auch auf die Bedeutung früherer französischer und britischer *riots* verweisen. Für Frankreich werden mehrfach die *riots* in Lyon Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre und 1990 genannt; für Großbritannien wird auf die in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in London, Manchester, Birmingham, Liverpool und Leeds sowie auf die 1991 und 1992 in Cardiff, Oxford, Coventry und Newcastle ausgebrochenen *riots* hingewiesen. Eine bedeutende Differenz zwischen Frankreich und Großbritannien wird in dem von den Herausgebern verfassten Einleitungskapitel hervorgehoben: In Frankreich sind die regierungspolitischen Reaktionen auf *riots*, die als ethnisch konnotiert begriffen werden, vom Modell des Republikanismus geprägt und damit am Ziel einer weitestgehenden Assimilation migrantischer und migrantisch geprägter Bevölkerungssegmente orientiert, während sich britische Politiker bis vor relativ kurzer Zeit von einem Multikulturalismus haben

leiten lassen, der auf die Wahrung und Anerkennung ethnischer und kultureller Unterschiede abzielte.

Inwiefern sich letzteres geändert hat, untersucht Paul Thomas anhand der politischen Reaktion auf die im Sommer 2001 in Bradford, Oldham und Burnley ausgebrochenen *riots*, die im Wesentlichen von jungen Männern pakistanischen und bangladeschischen Hintergrunds getragen wurden. Die *riots* in Oldham und Burnley hatten Übergriffe von Mitgliedern rechtsextremer Organisationen wie *Combat 18* zum Anlass; der *riot* in Bradford entwickelte sich aus einer Kundgebung, die aus Protest gegen eine angekündigte Demonstration der *British National Party* abgehalten wurde. Eine von der britischen Regierung beauftragte Untersuchungskommission legte im Dezember 2001 ihren Bericht zu diesen *riots* vor. Er befasste sich – anders als der zwanzig Jahre zuvor anlässlich der damaligen *riots* im Londoner Stadtteil Brixton veröffentlichte *Scarman Report* – nur sehr oberflächlich mit dem Ablauf der Ereignisse, forderte aber mit besonderem Nachdruck eine politische Kehrtwende, in der viele Beobachter einen Bruch mit dem Multikulturalismus gesehen haben. Dem im Bericht propagierten und von der Regierung auch prompt übernommenen, als *community cohesion* bekannten Ansatz liegt die Vorstellung zugrunde, die bisherige Politik des Multikulturalismus habe in vielen Städten eine entlang ethnischer Bruchlinien verlaufende Spaltung der Einwohnerschaft zumindest nicht verhindert und möglicherweise sogar befördert, weshalb es nun vorrangig sei, ein übergreifendes, auf der Identifikation mit dem eigenen Viertel, der eigenen Stadt und der britischen Nation gründendes Wir-Gefühl herzustellen. Kritiker haben in diesem, der bundesrepublikanischen Diskussion um ‚Parallelgesellschaften‘ nicht unverwandten Diskurs eine gefährliche Akzentverschiebung gesehen: War es bisher als Regierungspflicht verstanden worden, der strukturellen sozioökonomischen Benachteiligung bestimmter Bevölkerungssegmente durch eine aktive Förderpolitik entgegenzuwirken, so wurde nun jede Einzelne dazu aufgerufen, sich mit der Nationalgemeinschaft zu identifizieren, auf keinen Fall aber die Einheit der britischen Gesellschaft durch den Rückzug auf eine eth-

nisch definierte Partikularidentität zu gefährden. Von dieser individualisierenden Herangehensweise war es nur ein kleiner Schritt zu dem an die Adresse der Einwanderer und ihrer Kinder gerichteten Vorwurf einer *refusal to become British*.

Thomas gelangt, obwohl er diese bedenkliche Entwicklung sorgfältig referiert, zu einer letztlich wohlwollenden Einschätzung des Modells *community cohesion* oder zumindest seiner Übersetzung in die sozialarbeiterische Praxis. In Oldham habe der Bericht der Untersuchungskommission zur Folge gehabt, dass Sozialarbeiter systematisch in anderen als den ihrem ethnischen Hintergrund entsprechenden Stadtvierteln eingesetzt werden. Das sei von den Einwohnern positiv aufgenommen worden und erlaube sogar den Schluss, bei *community cohesion* handle es sich allem Anschein zum Trotz um „a new and re-focused form of multiculturalism“ (S. 91, Hervorhebung im Original).

Wie sehr die öffentliche Diskussion um die *riots* in Oldham und Burnley von Topoi geprägt war, die mit den Vorfällen selbst wenig bis nichts zu tun hatten, arbeiten Virinder Kalra und James Rhodes in ihrem Beitrag heraus. Sie erinnern daran, dass Großbritannien zwischen den *riots* und der Veröffentlichung des Berichts der Untersuchungskommission zum wichtigsten Verbündeten der USA in dem von diesen ausgerufenen *war on terrorism* geworden war. In einer Art „jump from the local to the global and back again“ wurden die Straßenkämpfe in den drei nordenglischen Städten regelmäßig zu den Anschlägen in New York und Washington in Beziehung gesetzt (S. 46). Zusätzlich verzerrt wurde die Diskussion durch die Berichterstattung einer Lokalpresse, die sich zumindest im Fall des *Oldham Chronicle* zum Vehikel für „white narratives of resentment“ machte (S. 53). Der *Oldham Chronicle* veröffentlichte laufend Schreiben von Mitgliedern der *British National Party*, in denen diese – die Realität auf den Kopf stellend – darüber klagten, ob der Gewaltbereitschaft pakistanischer und bangladeschischer Jugendlicher ihres Lebens nicht mehr sicher zu sein.

Keiner der Beiträge zu den britischen *riots* von 2001 geht ausführlicher auf die Rolle rechtsextremer Organisationen und Personen ein, doch Janet Bujra und Jenny Pearce setzen sich in ihrer Untersuchung zu dem *riot* in Bradford immerhin mit einem weiteren wichtigen Akteur auseinander: der Polizei. Spannungen zwischen dieser und den gegen die *British National Party* protestierenden Einwohnern trugen wesentlich zum Ausbruch des Bradforder *riots* bei. Aus dem Beitrag von Bujra und Pearce geht hervor, dass zwar die Techniken des *crowd control* seit den 1980er Jahren zu einem Schwerpunkt der polizeilichen Ausbildung geworden sind, der gegen die Polizei jahrzehntelang – und auch in Bradford wieder – erhobene Vorwurf des institutionellen Rassismus allerdings so gut wie folgenlos geblieben ist: „Although police training, in Bradford as elsewhere, was rethought in consequence of urban unrest, only one of those [policemen] we interviewed spoke of any training in cultural diversity or race issues“ (S. 63). Hinter die an sie gestellten Erwartungen zurückgefallen ist die britische Polizei auch 2005, als sie nicht zu verhindern vermochte, dass sich die im Birminghamer Stadtteil Lozells durch Gerüchte um die Gruppenvergewaltigung eines afrikanischen Mädchens entstandenen Spannungen in *riots* entluden, wie Mike King in seinem Beitrag berichtet.

Aus dem Frankreich gewidmeten Buchabschnitt seien hier die Beiträge von Camille Hamidi und Renaud Epstein hervorgehoben. Hamidi ordnet die *riots* vom Oktober und November 2005 in die meist vernachlässigte oder nur verkürzt wiedergegebene Geschichte der politischen Mobilisierungen in und aus den französischen Einwanderervierteln ein. Hamidi betont, die französische Soziologie habe sich den Zugang zu diesen Mobilisierungen lange Zeit schon dadurch verbaut, dass sie sich jeder ernstzunehmenden Auseinandersetzung mit der Problematik der postkolonialen Migration verweigert habe. In den 1960er und 1970er Jahren sei die illusorische Vorstellung wirksam gewesen, bei der Niederlassung vor allem maghrebinischer Einwanderer in den Ballungsgebieten Kontinentalfrankreichs handle es sich um eine bloß zeitweilige; zudem habe

der französische Marxismus eine fundierte Auseinandersetzung mit Fragen der Migration durch einen bornierten, für solche Fragen keinen Platz lassenden Klassenbegriff verhindert. Seit den 1980er Jahren werde zwar zum politischen Aktivismus der Migranten und ihrer auf französischem Boden geborenen Nachkommen veröffentlicht, doch lasse ein Großteil dieser Literatur stark zu wünschen übrig, insofern er teilweise mit der viel zu allgemeinen Begrifflichkeit ‚sozialer Bewegungen‘, teilweise mit dem wenig weiterführenden Dualismus von ‚Exklusion‘ und ‚Integration‘ operiere, wie ihn die soziologische Schule Alain Touraines entwickelt hat.

Die Geschichte der seit 1968 erfolgten politischen Mobilisierungen aus den *banlieues* unterteilt Hamidi in drei Etappen. Bis Ende der 1970er Jahre seien die vor allem in der Automobilindustrie beschäftigten migrantischen Fließbandarbeiter die Hauptakteure gewesen. Hamidi zeigt, wie die Kämpfe in den Fabriken von Kampagnen begleitet wurden, die die Wohnbedingungen der Arbeiter zum Gegenstand hatten; als Beispiel nennt sie die von 1973 bis 1981 in den Wohnheimen der *Sonacotra*-Gesellschaft durchgeführten Mietstreiks. Ein wichtiger organisatorischer Zusammenschluss der frühen 1970er Jahre war Hamidi zufolge der 1972 im Umfeld der *Gauche Prolétarienne* gegründete *Mouvement des Travailleurs Arabes* (MTA). Nach dem 1974 erfolgten, mit der Abschiebung zahlreicher Aktivisten einhergehenden Ende der staatlich geförderten Arbeitsmigration, vor allem aber nach der Auflösung des MTA 1976, gründeten sich neue, überwiegend im kulturellen Bereich aktive Zusammenschlüsse, so etwa die Straßentheatergruppe *El Assifa* und das Redaktionskollektiv der Zeitschrift *Sans frontières*.

Die französische Abschiebepolitik, rassistische Polizeigewalt und die Wahlerfolge des *Front National* waren die wichtigsten Anlässe für die Mobilisierungen der zweiten von Hamidi unterschiedenen Etappe, die mit den 1980er Jahren zusammenfällt. Hamidi geht kurz auf die Bedeutung des *marche pour l'égalité et contre le racisme* („*marche des beurs*“) von 1983 und der in seinem Gefolge gegründeten Organisation *SOS Racisme* ein, erinnert aber dankens-

werterweise auch an weniger bekannte Zusammenschlüsse wie die Lyoner Frauengruppe *Zaama d'Banlieue*, die unabhängige Presseagentur *Im'media* und die Pariser Gruppe *Rock Against Police*.

Auch in ihrem Überblick über die Mobilisierungen der Jahre seit 1990 (der dritten von ihr unterschiedenen Etappe) begnügt sich Hamidi nicht mit dem Hinweis auf die bekanntesten Gruppen (in diesem Fall *Ni putes ni soumises* und *Mouvement des indigènes de la république*), sondern benennt auch Initiativen wie *Bouge qui bouge*, *Agora*, die *Association des jeunes du Sartrouville* und den *Mouvement des immigrants de banlieue* (MIB). Hamidi gelangt trotz ihrer Sympathien für diese kleineren Initiativen zu dem Schluss, dass es sich bei der dritten Etappe um eine „phase of decline“ handle, in der sich die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Ausdifferenzierung der politischen Ansätze mitsamt ihren vielfach lähmenden Folgen fortgesetzt habe (S. 142). Die *riots* von 2005 markieren Hamidi zufolge einen Bruch mit der von ihr skizzierten Geschichte, denn „the younger generations either ignored or could not identify with earlier mobilisations“ (S. 145).

Renaud Epstein untersucht die Wandlungen, die die französische *politique de la ville* durchlaufen hat, seit sie Anfang der 1980er Jahre in Reaktion auf die damaligen Lyoner *riots* konzipiert wurde. Zunächst einmal seien die auf ausgewählte Stadtgebiete zugeschnittenen bildungs- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die lange Zeit das Markenzeichen der *politique de la ville* waren, mit jedem neuen *riot* intensiviert worden – so insbesondere nach 1990, als es in Lyon erneut zu heftigen Straßenkämpfen zwischen Jugendlichen und der Polizei kam. Seit einigen Jahren sei jedoch auch eine Abkehr von den ursprünglich hochgehaltenen Prinzipien der ‚Dezentralisierung‘ und der ‚Partizipation‘ zu beobachten: Die auf die ‚Aktivierung‘ der Einwohner zielende Förderung lokaler Projekte weiche einer stärker von Paris aus koordinierten Politik, für die *banlieue*-Einwohner nur noch Manövriermasse seien. Seinen bislang krasssten Ausdruck habe diese Kehrtwende in den 2002 auf den Weg gebrachten Abriss- und Sanierungsprojekten gefun-

den, die die Zerstörung von 250.000 Wohnblöcken in 530 Stadtteilen vorsehen (*plan Borloo*). Epstein weist darauf hin, dass die Beteiligung an den *riots* vom Oktober und November 2005 in jenen *banlieues* besonders ausgeprägt war, in denen Abrissmaßnahmen geplant waren. Aus dieser Korrelation lasse sich zwar kein einfaches Kausalitätsverhältnis konstruieren, doch sei davon auszugehen, dass die wenig ‚partizipative‘ Vorbereitung der Maßnahmen einiges zu dem in den *riots* sich entladenden Unmut der Einwohner beigetragen habe.

Zwei Beiträge in dem Sammelband befassen sich mit anderen Ländern als Großbritannien und Frankreich: David Waddington untersucht einen *riot*, den der tödliche Schuss eines weißen Polizisten auf den Afroamerikaner Timothy Thomas im April 2001 in Cincinnati, Ohio, ausgelöst hat, und Tim Lukas stellt die Frage, weshalb es in der Bundesrepublik trotz ausgeprägter Tendenzen ethnischer und sozialer Segregation bislang nicht zu größeren *riots* wie denen in Großbritannien und Frankreich gekommen ist. (Die Antwort sieht Lukas in dem seiner Ansicht nach weitgehend harmonischen Verhältnis zwischen Einwanderern und der Polizei, obgleich die von ihm referierten Erhebungen diesbezüglich zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangen.) Diese – durchaus lesenswerten – Beiträge wirken etwas angehängt und bestätigen dadurch einen Eindruck, der sich bereits beim Betrachten des Inhaltsverzeichnisses einstellt: dass nämlich der komparative Anspruch der Herausgeber nur sehr bedingt eingelöst worden ist und die Konzeption des Buches weitgehend einem Prinzip folgt, dass weniger als komparativ denn als additiv zu bezeichnen wäre. Mehrfach stellen sich bei der Lektüre des Buches auch Zweifel ein, ob der als Klammer verwendete Begriff des *riots* nicht zu allgemein bleibt und Gemeinsamkeiten betont, wo bei näherem Hinsehen doch die Unterschiede überwiegen.

Max Henninger

Robert Castel, Negative Diskriminierung. Jugendrevolten in den Pariser Banlieues, Hamburger Edition: Hamburg 2009. 122 Seiten. 15,00 €

Der französische Soziologe Robert Castel entwickelt in diesem Essay Thesen, die er erstmals 2006 in der Zeitschrift *Annales* vorgelegt hat. Die Jugendlichen der Pariser Banlieues seien Opfer einer zweifachen gesellschaftlichen Stigmatisierung. Ihre sozialen und ethnischen Eigenschaften würden permanent von „Differenzen“ zu „Defizienzen“ umgedeutet (S. 14). Sowohl die Klassenposition als auch die Herkunft der Vorstadtjugendlichen gelte es also zu berücksichtigen, wenn man verstehen wolle, auf welche Weise die *banlieusards* von der französischen Mehrheitsgesellschaft zu „Symbolfiguren des gesellschaftlich Nutzlosen [...] und Gefährlichen“ gemacht werden (S. 9 f.). Stigmatisierung und Ausschluss der Jugendlichen – ihre „negative Diskriminierung“ – seien letztlich nur aufzuheben durch eine Erneuerung des französischen Republikanismus sowie insbesondere des in ihm formulierten Begriffs von Staatsbürgerschaft (*citoyenneté*).

Castel hat seine Thesen unter dem Eindruck der Jugendrevolte formuliert, von der die französischen Vorstädte im Oktober und November 2005 erfasst wurden, möchte diese Revolte aber nicht als jenes geradezu epochale Ereignis verstanden wissen, als das sie teilweise dargestellt worden ist: Um eine „wirkliche Ausnahmesituation“ habe es sich nicht gehandelt, sei es doch bereits in den 1980er und 1990er Jahren wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vorstadtjugendlichen und der Polizei gekommen (S. 14). Darauf, dass die Jugendrevolte von 2005 zumindest insofern ein Novum war, als sie sich landesweit ausbreitete, während frühere Revolten auf jeweils ein Ballungsgebiet beschränkt blieben, geht Castel nicht weiter ein. Er neigt insofern dazu, die Unterschiede zwischen der Revolte von 2005 und ihren Vorläufern zu nivellieren. Das mag etwas mit den konkreten politischen Vorschlägen zu tun haben, die Castel am Ende seines Essays formuliert. Sie

laufen im Wesentlichen auf das Fortschreiben bereits erprobter regierungspolitischer Maßnahmen hinaus. Das aber kann nur solange als sinnvolle Reaktion auf die Revolte von 2005 präsentiert werden, wie dieser der Charakter des qualitativ Neuen abgesprochen wird.

Die Revolte von 2005 war Castel zufolge ein „Aufstand der Verzweiflung“ (S. 17). Auf Verzweiflung lasse insbesondere die Verweigerung gängiger Politikformen schließen; hinter dem „Fehlen von Führungsfiguren, Organisationsstrukturen, plakativen Zielsetzungen oder einlösbaren Forderungen“ verberge sich das „Fehlen jeglicher Zukunftsperspektive“ (ebd.). Castel suggeriert jedoch so gleich, dass es sehr wohl eine Zukunftsperspektive geben könnte, denn noch im gleichen Absatz parallelisiert er die Revolte von 2005 mit den „Bauernaufstände[n]“ und „Massenunruhen“ des vorindustriellen Zeitalters, um dann zu betonen, aus diesen Aufständen und Unruhen seien „Organisationen mit dem Ziel der Gesellschaftsveränderung“ hervorgegangen (ebd.). Hier scheint die in Kommentaren zur Revolte von 2005 immer wieder anzutreffende Vorstellung durch, die *banlieusards* müssten sich gewaltfreie, auf stabilen organisatorischen Zusammenschlüssen beruhende Politikformen erst noch aneignen. Diese Vorstellung ist nicht unproblematisch, denn wer mit der politischen Geschichte der Banlieues vertraut ist, weiß, dass sich die Vorstädte insbesondere in den 1980er Jahren durch ein sehr lebhaftes politisches Vereinswesen auszeichneten, dass also organisierte Petitionspolitik, wie sie Castel als Alternative zur aufständischen Gewalt vorzuschweben scheint, in den Vorstädten bereits erprobt worden ist: von den zahllosen lokalen *associations* und *comités de quartier*, aber auch von großen überregionalen Organisationen wie *SOS Racisme*. Sollten die von Castel zu Beginn des 21. Jahrhunderts vermissten, mit identifizierbaren Führungsfiguren und verhandelbaren Forderungskatalogen ausgestatteten Organisationsstrukturen in nächster Zeit entstehen, dann wäre das in vielerlei Hinsicht nur eine Wiederauflage der frühen 1980er Jahre.

Auf eine eben solche Wiederauflage setzt nun aber Castel. In seiner Darstellung der politischen Mobilisierungen, die 1984 zur

Gründung von *SOS Racisme* führten, betont er, die französische Gesellschaft habe damals „eine Gelegenheit versäumt“ (S. 70). Die Mehrheit der Banlieue-Jugendlichen sei in den 1980er Jahren gewillt gewesen, „am gesellschaftlichen und politischen Leben aktiv teilzunehmen“ (S. 73). Eine „schöne Utopie“ – die eines verwirklichten republikanischen Gleichheitsideals, einer Gesellschaft ohne rassistische Ausgrenzungen – sei damals in greifbare Nähe gerückt (ebd.). Auf die Frage, weshalb es nicht zur Realisierung dieser Utopie, sondern zu jener von wachsender Polarisierung geprägten Entwicklung gekommen ist, als deren vorläufiger Höhepunkt die Ereignisse vom Herbst 2005 gelten können, antwortet Castel mit dem Hinweis auf strukturelle Arbeitslosigkeit und grassierenden Rassismus; auch ein seit den 1990er Jahren zu verzeichnendes „Anschwellen der Islamophobie“ wird von ihm ins Spiel gebracht (S. 77).

Wie all dem entgegengewirkt werden kann, um die Anfang der 1980er Jahre gegebenen Voraussetzungen wiederherzustellen, das ist gewissermaßen die Leitfrage des gesamten Essays. Der „in der Banlieue aktuell zu beobachtende[n] Zusammenballung von Formen der Rassendiskriminierung und gravierendsten Faktoren sozialer Auflösung“ muss Castel zufolge durch eine „Wiederherstellung der Voraussetzungen voller politischer und sozialer Staatsbürgerschaft“ entgegengewirkt werden (S. 104). Zur Erneuerung der *citoyenneté* bedürfe es zunächst einmal einer „klaren Anerkennung des kulturellen Pluralismus“ und einer „strikten Gleichbehandlung“ (S. 89). Gegen die „doppelte Benachteiligung der Rasse [sic] und der Klasse“, unter der die Banlieue-Bevölkerung zu leiden habe, empfehle sich eine Politik der „positiven Diskriminierung“, also der *affirmative action* (S. 95 ff.). Diese auf die besondere Förderung der *banlieusards* an den Schulen, im Arbeitsleben und auf dem Wohnungsmarkt abzielende Politik sei aber nicht etwa in Form allgemeiner Quotenregelungen umzusetzen; angemessener seien auf bestimmte Stadtgebiete zugeschnittene, also „territorialisierte“ Maßnahmen (S. 97).

Tatsächlich wird das, was Castel einfordert, von der französischen Regierung bereits seit einiger Zeit praktiziert. Die Identifikation besonders zu fördernder „sensibler Stadtgebiete“ (*zones urbaines sensibles*, ZUS) ist seit 1996 gängige Praxis; „vorrangige Bildungszonen“ (*zones d'éducation prioritaires*, ZEP) werden seit 1981 festgelegt – um nur die zwei bekanntesten Beispiele für „territorialisierte“ Maßnahmen zu nennen. Bei der naheliegenden Frage, ob dieser Ansatz nicht spätestens seit 2005 als gescheitert gelten muss, hält sich Castel jedoch nicht lange auf. Zur *politique de la ville*, wie sie sich seit den 1980er Jahren entwickelt hat, heißt es apodiktisch: „In Frage zu stellen sind ihre unzureichenden Mittel und begrenzten Umsetzungsformen und nicht ihre Prinzipien“ (S. 98).

Interessanter als diese recht affirmative Einschätzung des bisherigen politischen Umgangs mit den Vororten sind Castels Überlegungen zu dem, was er die „Projektion der Unsicherheitsfrage auf die Banlieues“ beziehungsweise die „Verschiebung des innergesellschaftlichen Konflikts an die Ränder“ nennt (S. 60). Die „Unsicherheitsfrage“ zerfällt für Castel in eine Frage der „sozialen Unsicherheit“ – bedingt durch die „Verschlechterung der Lebensbedingungen oder durch die in weiten Teilen der Öffentlichkeit herrschende Angst davor“ – und in das „Problem der öffentlichen Sicherheit“, wie es sich statistisch an der „wachsende[n] Zahl von Übergriffen auf Personen und Sachen“ ablesen lasse (S. 58). Die „Unsicherheitsfrage“ werde insofern auf die Banlieues „projiziert“, als Unsicherheit in der öffentlichen Wahrnehmung permanent mit den Banlieue-Einwohnern assoziiert werde. So werde eine „Gruppe von einigen hunderttausend Personen“ auf augenscheinlich irrationale Weise zum „primären Träger diffuser Bedrohung“ stilisiert (ebd.).

Castel sieht hierin nichts Geringeres als eine „Wiederkehr der alten Thematik der gefährlichen Klassen“ (S. 60). In einem knappen historischen Exkurs führt er aus, wie im vorindustriellen Frankreich auf den Pauperismus mit der Stigmatisierung und Kriminalisierung der Vagabunden reagiert worden sei, bevor dann das Industrieproletariat die Rolle der gefährlichen Klasse übernommen und das

„Schreckbild einer Asozialität inmitten der Gesellschaft“ abgegeben habe (S. 63). Die „gesamte soziale Frage und ihre Behandlung“ seien letztlich „auf diese als asozial bezeichneten Bevölkerungsgruppen“ verschoben worden (S. 64). Nichts anderes geschehe heute mit den Vorstadtjugendlichen: „Landstreicher, Proletarier und Vorstadtjugendliche hatten und haben gemeinsam, dass sie stark stigmatisiert werden, also nicht integriert sind, und gemeinsam haben sie überdies eine diskriminierende Behandlung im herrschenden Wirtschaftssystem, sei es in einer vorindustriellen, industriellen oder postindustriellen Gesellschaft“ (S. 65). Es handelt sich zweifellos um einen sehr schematischen Vergleich; dennoch könnte er sich für die Debatte um die Banlieues als produktive Provokation erweisen.

Max Henninger

Stephen Graham, *Cities Under Siege: The New Military Urbanism*, Verso: London 2010. 402 Seiten. 25,90 €

Die jüngste Veröffentlichung des britischen Humangeographen Stephen Graham schließt an die 2004 erschienene Anthologie *Cities, War, and Terrorism* an und geht zugleich weit über sie hinaus. *Cities Under Siege* untersucht militärstrategische und sicherheitspolitische Entwicklungen, durch die urbane Räume sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden seit den frühen 1990er Jahren zum erklärten Gegenstand von Kriegsplanung und Kriegsführung geworden sind. Graham sieht darin einen deutlichen Bruch mit der durch die Systemkonkurrenz zwischen den USA und der Sowjetunion geprägten Epoche 1945–1989, als die durch atomare Langstreckenwaffen eröffneten Möglichkeiten einer aus dem Luftraum erfolgenden Zerstörung ganzer Regionen das Interesse an Fragen innerstädtischer Kriegsführung dämpften. Zugleich bricht der *new military urbanism* Graham zufolge aber auch mit einem für die gesamte bisherige Geschichte militärstrategischen Denkens kennzeichnenden Bild der Stadt als eines Ortes, an dem es lang an-

dauernde Gefechtshandlungen eher zu vermeiden als aus eigenem Entschluss zu eröffnen gilt.

Bei seinen Überlegungen greift Graham auf Untersuchungen aus den Bereichen der Stadtforschung, der Geographie, der Architektur, der Anthropologie und der Cultural Studies zurück. Darüber hinaus erweist er sich als Kenner der unter anderem im Umfeld der *RAND Corporation* und des *US Army War College* geführten Diskussionen über *military operations on urbanized terrain* (MOUT). Für US-amerikanische Militärstrategen wie Keith Dickson stellt die Kriegsführung im urbanen Raum nichts Geringeres als die „greatest challenge of this century“ dar (S. 19). Gegenstand militärischer Planung sind dabei spätestens seit Ausrufung des ‚Krieges gegen den Terrorismus‘ nicht nur die Ballungsgebiete etwa des Nahen und Mittleren Ostens, sondern ausdrücklich auch die der USA selbst. Graham verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die US-Streitkräfte seit Oktober 2002 erstmals über ein für das eigene Landesgebiet zuständiges Regionalkommandozentrum (*United States Northern Command*, USNORTHCOM) verfügen; er betont auch, dass Militäreinsätze in Mogadischu, Falludscha oder Dschenin in Studien der US Army immer häufiger in einem Atemzug mit Einsätzen in Los Angeles, Seattle oder New Orleans genannt werden. Nach Graham geht diese Entwicklung mit einem doppelten Prozess der Verpolizeilichung des Militärs und der Militarisierung der Polizei einher, also mit einer Annäherung von *high intensity policing* und *low intensity warfare*, die unter dem Stichwort *fourth generation warfare* auch explizit theoretisiert werde.

Hauptgegenstand der MOUT-Doktrin bleiben allerdings die Städte des globalen Südens, und zwar insbesondere jene, in denen das staatliche Gewaltmonopol durchbrochen worden ist. Für sie hat Richard J. Norton, ein Theoretiker des *US Naval War College*, 2003 den Begriff der *feral cities* geprägt. Die Erfahrungen, die US-Streitkräfte seit 2003 im Irak gesammelt haben, sind heute wichtigster Ausgangspunkt der von MOUT-Strategen angestellten Überlegungen und dienen als Rechtfertigung für aufwendige Forschungspro-

jekte. 2004 glaubten Autoren des dem Pentagon angehörigen *Defense Science Board* (DSB) aus den urbanen Konflikten im Irak gar die Notwendigkeit eines neuen *Manhattan Project* ableiten zu können: Um der US Army den technologischen Vorsprung zu sichern, den diese für eine erfolgreiche urbane Kriegsführung benötige, müssten noch einmal so viele Forschungsgelder fließen wie in den 1940er Jahren in die Entwicklung der Atombombe investiert wurden.

Dass es der technologische Vorsprung ist, auf den es bei der urbanen Kriegsführung ankommt, ist Prämisse der meisten von Graham dargestellten Forschungsprojekte. Das gilt etwa für *Combat Zones That See* (CTS), ein 2003 begonnenes Projekt der *Defense Advanced Research Projects Agency* (DARPA). Es soll der von Militäroffizieren häufig monierten Unübersichtlichkeit des städtischen Raums ein Ende bereiten: durch die Entwicklung eines Computersystems, das auf der Grundlage von Aufnahmen, die ein vorher aufgebautes Netzwerk von Videoüberwachungsanlagen liefert, komplexe Bewegungsprofile von Menschen und Fahrzeugen erstellt. (Die technologischen Grundlagen dieses Systems sind, wie Graham betont, mit denen identisch, die heute bereits in den *security zones* Londons und New Yorks zum Einsatz kommen.) Andere DARPA-Projekte sehen noch umfassendere Formen dessen vor, was im Jargon der Forscher als *tracking* und *data mining* bezeichnet wird: Außer Videoüberwachungsanlagen sollen Bewegungsmelder und biometrische Scanner, aber auch Mobiltelefone, Fernseh- und Radiogeräte Daten liefern, anhand derer dann informationelle Simulakra urbaner Feindgebiete erstellt werden können.

Fluchtpunkt solcher Bemühungen um technologische Aufrüstung ist die Vision einer weitestgehend automatisierten Kriegsführung, wie sie seit 2006 durch den Einsatz ferngesteuerter und mit Maschinengewehren ausgestatteter Bodenroboter in Irak und Afghanistan erprobt wird. Unter Bezugnahme auf Überlegungen des Philosophen Robert Sparrow führt Graham aus, dass der Einsatz solcher *autonomous weapons systems* die Identifizierung der für et-

waige Kriegsverbrechen verantwortlichen Personen beträchtlich erschwert: Ob der den Einsatz des Roboters anordnende Offizier, der den Roboter bedienende Soldat oder der Programmierer zur Rechenschaft zu ziehen ist, bleibt ungeklärt. (Ähnliche Probleme dürfte auch die *automated border* mit sich bringen, die die israelischen Streitkräfte 2007 zwischen Israel und dem Gazastreifen aufzubauen angekündigt haben; eine vom staatlichen Rüstungskonzern Rafael entwickelte ferngesteuerte Schießanlage ist bereits in Betrieb.)

An die Möglichkeit einer vollständig automatisierten Kriegsführung scheint allerdings niemand recht zu glauben, am wenigsten die US-amerikanischen Militärausbilder. Wie diese ihre Soldaten auf Nahgefechte im urbanen Raum vorbereiten, beschreibt Graham im sechsten Kapitel seiner Studie. Auf Militärstützpunkten und Manövergeländen in den USA, in Europa, im Nahen Osten und in Südostasien sind mittlerweile über 80 Attrappenstädte entstanden. Allein in Fort Carson im Bundesstaat Colorado standen 2006 drei Attrappen irakischer Kleinstädte für Truppenübungen zur Verfügung. Um ein gänzlich neues Phänomen handelt es sich nicht: Graham erinnert daran, dass ähnliche Attrappen bereits während des Zweiten Weltkriegs verwendet wurden. Auf den *Dugway Proving Grounds* im Bundesstaat Utah wurden in den 1940er Jahren unter Verwendung eigens importierten Baumaterials eine Berliner Straße und einige traditionelle japanische Holzhäuser nachgebaut. Die Attrappen wurden mehrfach in Brand gesetzt, um dem *US Chemical Warfare Corps* zu erlauben, seine Brandbomben zu perfektionieren. Einem vergleichbaren Zweck dient heute die Attrappenstadt Yodaville im Bundesstaat Arizona. Als Baumaterial dieses Manövergeländes haben rund 23.000 Streubombencontainer aus der Zeit des Vietnamkriegs gedient; makabrer noch ist die Tatsache, dass illegale Einwanderer die – sieben Meilen nördlich der mexikanischen Grenze gelegene – Containerstadt offenbar regelmäßig als Obdach nutzen. Zweimal wöchentlich müssen die Bombardierungen ausgesetzt werden, um die ungebetenen Gäste den Behörden zu übergeben.

Anderswo, etwa im sogenannten Zussman Village im Bundesstaat Kentucky oder im *National Joint Readiness Training Center* in Kalifornien, werden Zivilisten angeheuert, um in entsprechender Verkleidung ‚Demonstranten‘ oder ‚Guerillakämpfer‘ zu mimen. (Auch aus dem in der Oberpfalz gelegenen Truppenübungsplatz Grafenwöhr ist dergleichen bekannt.) Auf einem Übungsplatz im Bundesstaat New Mexico konnte auf den Bau von Attrappen verzichtet werden: Der Häuserkampf wird dort in den verlassenen Gebäuden der ehemaligen Minenarbeiterstadt Playas geprobt. Für die wenigen verbleibenden Einwohner ist die bezahlte Teilnahme an den Manövern zur Haupteinkommensquelle geworden.

Lesenswert ist auch, was Graham über das Phänomen des *civilian-military crossover* sowie insbesondere über die Verschränkung von Militärforschung und Unterhaltungsindustrie zu berichten weiß. Kommerzielle Videospiele wie *America's Army* und *Full Spectrum Warrior*, die die Kriegsführung im urbanen Raum simulieren, sind von der US Army mitentwickelt worden und werden von ihr als Rekrutierungsmittel begriffen. Der von Graham zitierte Medienwissenschaftler Roger Stahl hat für *America's Army* vorgerechnet: „Because the Pentagon spends around \$15,000 on average wooing each recruit, the game needs only to result in 300 enlistments per year to recoup costs“ (S. 206). Das, was Johnathan Burston als *militainment* und James Der Derian als *military-industrial-media-entertainment-network* bezeichnet haben, reicht jedoch noch weiter, denn kommerzielle Videospiele fungieren im US-Militär auch als Ausbildungsmittel, und mittlerweile basieren sogar die Bedienungskonsolen reeller Waffensysteme – etwa die des vom Rüstungskonzern Raytheon entwickelten Drohnentyps Predator – auf denen von Videospiegelgeräten wie der Sony PlayStation.

Ein weiteres Beispiel für das Phänomen des *civilian-military crossover* sieht Graham in der Geschichte der für ihren außergewöhnlich hohen Benzinverbrauch berüchtigten, unter Modellnamen wie *Defender*, *Trail Blazer* und *Warrior* vertriebenen *sports utility vehicles* (SUVs): „Tellingly, much of the rhetoric of the users, dealers and

commentators clustered around SUVs draws on military analogies suggesting that urban life itself amounts to a socially ‘Darwinian’ war requiring the right sort of militarized vehicle if one is to stand any sort of survival“ (S. 316). Das Design des von General Motors entwickelten *Hummer* beruht auf dem der im Golfkrieg 1990–1991 eingesetzten Humvee-Militärfahrzeuge. (Den Vorschlag, einen *Humvee* für Zivilisten zu entwickeln, machte der spätere kalifornische Gouverneur Arnold Schwarzenegger 1992.) Mittlerweile hat die US Army an der Entwicklung eines *Hummer*-Modells mitgewirkt, von dem sie sich eine gesteigerte Rekrutierung hispanischer Bürger verspricht; es trägt den vielsagenden Namen *Yo Soy El Army*.

Um zu analysieren, wie eine an der Kriegsführung in den Städten des globalen Südens ausgerichtete Militärforschung auf das Alltagsleben in den Städten des globalen Nordens zurückwirkt, greift Graham an verschiedenen Stellen auf Michel Foucaults Begriff des ‚Bumerang-Effekts‘ zurück. Graham verweist insbesondere auf die Diffusion ursprünglich für militärische Zwecke entwickelter Technologien, etwa des seit seinem Einsatz im Golfkrieg 1990–1991 für die zivile Nutzung freigegebenen *global positioning system* (GPS). Dass gerade *tracking*-Technologien wie GPS die Spuren ihrer militärischen Ursprünge anhaften, zeigt sich nach Graham spätestens dann, wenn polizeiliche und nachrichtendienstliche Organisationen im Rahmen von Überwachungsmaßnahmen auf sie zurückgreifen: „In this way, [...] radio-chip public transport cards or systems for electronically tolling highways or central urban road systems morph into urban ‘counterterrorist’ screens protecting ‘security zones’. [...] Everything from mobile phones to passports is fitted with microchip radio frequency tags that have the potential to turn their hosts into tracking devices“ (S. 66).

Das Schlusskapitel von *Cities Under Siege* fällt – wie das bei solch ehrgeizig angelegten Untersuchungen häufig der Fall ist – enttäuschend aus. Graham ruft darin zu zivilgesellschaftlichem Widerstand gegen den *new military urbanism* auf. Der von ihm aufge-

stellte Katalog bereits erprobter Widerstandsformen erschöpft sich in Beispielen aus dem Repertoire der als *advertising* bekannten Protestform (bei der Werbefelder und -texte manipuliert werden, um zu einer kritischen Hinterfragung der in ihnen enthaltenen Aussagen anzuregen). So sympathisch und unterhaltsam die von Graham angeführten Beispiele sind – angesichts des Ausmaßes und des Zerstörungspotentials der in den vorangegangenen Kapiteln geschilderten Entwicklungen müssen sie vollends unzulänglich erscheinen. Auch die Überlegungen zu einer zivilgesellschaftlichen Wiederaneignung und progressiven Umdeutung des Sicherheitsbegriffs, die Graham im Schlusskapitel anstellt, sind wenig überzeugend. Interessanter wäre es gewesen, wenn Graham sich der Versuchung, Handlungsvorschläge zu machen, enthalten hätte, um stattdessen anderswo im Buch angestellte Überlegungen zu vertiefen. So wäre es nicht falsch gewesen, eine zu Anfang des Buches aufgestellte, dann aber nicht weiter entwickelte These wieder aufzugreifen: dass nämlich militärstrategische Ansätze wie MOUT und die mit ihnen verbundenen Forschungsprojekte letztlich Ausdruck eines „deep-rooted anti-urbanism“ nicht nur des US-amerikanischen Militärwesens, sondern vor allem auch der mit *suburban America* weitgehend in eins fallenden republikanischen Wahlkreise sind (S. 43).

Max Henninger

**Jürgen Friedrichs / Sascha Triemer, Gespaltene Städte?
Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten,
VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2009. 182
Seiten. 24,90 €**

Das Buch ist Ergebnis eines mehrjährigen Forschungsprojekts zur „Segregation von Armen und von Migranten“, wie sie sich im Zeitraum von 1990 bis 2005 in 15 deutschen Großstädten – Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Nürnberg

und Stuttgart – entwickelt hat (S. 7). Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Feststellung, dass „sowohl die Zahl der Migranten als auch die der Armen“ innerhalb des Untersuchungszeitraums bundesweit zugenommen haben (S. 9). Die Autoren gehen davon aus, dass diese zwei Entwicklungen miteinander korrelieren. „Bindeglied“ sei die niedrige berufliche Qualifikation beider Personengruppen, die zu niedrigeren Einkommen und damit zur Ansiedlung in Wohngebieten mit günstigem Wohnraum führe (ebd.). Die Entwicklung solcher Wohngebiete beschreiben die Autoren als über drei zusammenhängende Prozesse verlaufend: Zu den „selektiven Zuzügen“ („statusniedrigere Personen ziehen ein oder werden durch das Wohnungsamt in Sozialwohnungen verwiesen“) kämen „selektive Fortzüge“ hinzu („die relativ Bessergestellten ziehen aus“); darüber hinaus sei in den betroffenen Stadtteilen immer wieder auch eine „stetig zunehmende und überdurchschnittlich starke Verarmung“ der bereits vorhandenen Einwohnerschaft zu verzeichnen (S. 15). Für die Stadt resultiere daraus Segregation im Sinne einer „disproportionale[n] Verteilung sozialer Gruppen“ im städtischem Raum (S. 16).

Wenn die Autoren einerseits im niedrigen Einkommen den entscheidenden Motor der von ihnen beschriebenen Dynamik sehen, andererseits aber durchgehend von Armen und Migranten und nicht etwa von Armen *tout court* sprechen, dann wirkt das an manchen Stellen irritierend. Dass es jedoch sinnvoll bleibt, zwischen sozialer und ethnischer Segregation zu unterscheiden, wird beim Weiterlesen deutlich. Aus den von den Autoren gesammelten und dokumentierten Daten geht hervor, dass die Dynamik ethnischer Segregationsprozesse nicht – oder jedenfalls nicht zwingend – mit der sozialer Segregationsprozesse in eins fällt. Zwar besteht, so ein zentraler Befund des Forschungsprojekts, in den 15 untersuchten Städten „eine hohe räumliche Korrelation zwischen der Segregation der Armen und der Migranten“ (S. 117). Doch hat im Untersuchungszeitraum nur die soziale Segregation zugenommen, die ethnische dagegen abgenommen, weshalb die untersuchten Städte

schlussendlich „eher sozial als ethnisch gespalten“ seien (ebd.). Nur in vier Städten ist die soziale Segregation über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg oder auch nur zwischenzeitlich zurückgegangen (Frankfurt am Main, Stuttgart, Hannover und Berlin). Die ethnische Segregation ist – so ein weiterer Befund – insbesondere dort zurückgegangen, wo sich der Anteil der migrantischen Einwohner vergrößert hat. Als Ursache vermuten die Autoren eine gesteigerte soziale Ausdifferenzierung der migrantischen Einwohnerschaft: „Wenn wir annehmen, die jeweils neu zuziehenden Minoritäten hätten eine relativ schlechtere Qualifikation, dann sind sie auf den preiswertesten Wohnraum angewiesen und verdrängen die relativ besser gestellten Angehörigen früher zugewanderter Minoritäten – die vermutlich auch sozial aufgestiegen sind“ (S. 115 f.).

Eindrucksvoll dokumentiert ist in vorliegendem Buch vor allem der Prozess sozialer Polarisierung, der sich in der Bundesrepublik abspielt: Zwar haben sich die jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen im Untersuchungszeitraum überwiegend positiv entwickelt, doch hat sich die Spanne zwischen Armen und Reichen vergrößert. Zugleich ist die Einkommensmobilität „stärker nach unten als nach oben gerichtet“ und die Chancen, vom untersten Einkommensquintil in ein höheres aufzusteigen, haben sich seit 2001 gegenüber den 1990er Jahren deutlich verschlechtert (S. 11 ff.). Die Zahl der Armutsgebiete nimmt in der Mehrzahl der untersuchten Städte zu und „in vielen Städten [ist] zu erkennen, dass die armen Gebiete weiter verarmen“ (S. 34). Die Autoren gehen davon aus, dass die Tertialisierung aufgrund der mit ihr verbundenen Freisetzungseffekte wesentlich zu diesem Prozess beiträgt: „Der wirtschaftliche Strukturwandel der Städte von Berufen im Produzierenden Gewerbe zu Dienstleistungen [...] hat [...] dazu beigetragen, dass sich die Zahl der Arbeitslosen seit den 1990er Jahre bis zum höchsten Wert 2005 ständig erhöht hat“ (S. 30). Verschärft worden sei die Lage ärmerer städtische Haushalte nicht zuletzt durch die Privatisierung vormals kommunaler Wohnungsbestände sowie auf-

grund des in keiner Weise ausreichenden Neubaus an Sozialwohnungen, zwei Entwicklungen, aufgrund derer „die Zahl preiswerter Wohnungen in allen Städten abgenommen hat“ (S. 33).

Max Henninger

Henrik Lebuhn, Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles, Westfälisches Dampfboot: Münster 2008. 284 Seiten. 27,90 €

Lebuhn stellt zwei recht profilierte Projekte aktueller urbaner sozialer Bewegungen in den Vordergrund seiner Analyse: den Kampf gegen die Räumung der South Central Gardens in Los Angeles sowie den für die Durchsetzung eines sozialen Zentrums in Berlin. Beide Kämpfe endeten mit Niederlagen: Die South Central Gardens wurden 2006 zugunsten eines privaten Investors zerstört und das Soziale Zentrum konnte trotz einiger kurzfristiger Hausbesetzungen nicht durchgesetzt werden. ‚Erfolgreich‘ waren die Kämpfe nur insofern, als sie wie in einem Brennglas die Widersprüche und Grenzen aufzeigten, die antagonistische Politikformen und Ziele in der ‚unternehmerischen Stadt‘ in den je konkreten Einzelfällen prägten.

Die Initiative für ein Soziales Zentrum in Berlin entstand in Anschluss an die Proteste gegen den G 8-Gipfel von 2001 in Genua. Lebuhn schildert die Initiative als eine Melange aus ‚globalisierungskritischen‘, ‚postautonomen‘ Gruppen sowie als Resultat der Erfahrungen mit den ‚Freiraum‘-Bewegungen, die sich im West-Berlin der 1970er und 1980er Jahren wellenförmig entfaltet hatten; auch die Hausbesetzungen der frühen 1990er Jahre, die vor allem im Ostteil der Stadt kurzfristig bedeutend wurden, spielten eine Rolle (S. 89 f.). Die Initiative wurde durch die Erfahrungen des Europäischen Sozialforums in Florenz nach 2002 weiter in dem Anliegen bestärkt, die lokalen Gruppen, die an die damals noch im Aufbruch befindliche ‚Bewegung der Bewegungen‘ anschlossen, im

doppelten Sinne zusammenzuführen: sowohl in Bezug auf die Entwicklung einer gemeinsamen Sprache und Grammatik des Protes-tes als auch in konkret räumlicher Hinsicht. Die Initiative für ein Soziales Zentrum, die aus einem phasenweise recht breiten Spektrum außerparlamentarischer und linksradikaler Gruppen bestand, versuchte dieses Ziel vor allem durch – aufgrund der repressiven Berliner Politik meist recht kurzfristige – Besetzungen leerstehender Objekte zu erreichen; am Anfang stand die kurze Besetzung eines Gebäudes der Dienstleistungsgewerkschafts ver.di im Jahr 2001. Im Oktober 2003 wurde dann eine unbenutzte ehemalige Kindertagesstätte in der Glogauer Straße im Berliner Stadtteil Kreuzberg besetzt; schließlich nutzte die Initiative eine im April 2004 stattfindende Demonstration gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung (so genannte Hartz IV-Gesetze) zur Besetzung eines leerstehenden Gebäudes auf dem Gelände der in der östlichen Innenstadt gelegenen Humboldt Universität. Alle drei Besetzungen wurden, entsprechend der seit Anfang der 1980er Jahre geltenden ‚Berliner Linie‘, innerhalb kurzer Zeit von der Polizei beendet. Während es der Initiative für ein Soziales Zentrum nie gelang, einen offenen Raum beständig zu nutzen, war dieser im Fall der South Central Gardens bereits vorhanden.

Als Reaktion auf die so genannten Rodney-King-Riots, einem vehementen Aufstand der Bevölkerung des Stadtteiles South Gate im Jahr 1992, wurde einer Nichtregierungsorganisation die Verwaltung einer etwa neun Fußballfelder großen Fläche überlassen, um sie an lokale Familien zu verpachten und damit die Situation in South Gate aus Sicht der vorherrschenden Stadtpolitik zu befrieden. Die große Gartenanlage entwickelte sich zu einem in der Stadtöffentlichkeit zunächst wenig beachteten Ort, an dem etwa 1.000 Menschen, vorwiegend MigrantInnen lateinamerikanischer Herkunft, Obst und Gemüse anbauten: Die South Central Farmer konnten über die Bewirtschaftung der Industriebrache ein Drittel ihres Lebensmittelbedarfs abdecken. 2003 klagte der frühere Besitzer des Geländes – ein Investor, der dort angesichts der Aufwer-

tung des Geländes durch den Bau des nahe gelegenen Alameda-Corridors (der Verbindung der beiden Häfen mit Downtown L.A.) und mit Blick auf die zu erwirtschaftenden Mieteinnahmen Lagerhallen und Büros errichten wollte – erfolgreich auf die Wiederinbesitznahme. Erst danach wurde der Konflikt im engeren Sinn (re-)politisiert: Es begann eine extensive und recht effektive Kampagne der Farmer gegen die durch den alten und neuen Besitzer verfügte Räumung, an der sich zunächst nur linksradikale und stark antagonistische Gruppen, schließlich aber auch andere Teile dessen beteiligten, was Henrik Lebuhn in Anschluß an Roger Keil ‚insurgent civil society‘ nennt. Immerhin drei Jahre konnte diese buntscheckige Gesellschaft eine Räumung verhindern, letztlich aber setzten sich auch in diesem Fall die Investoreninteressen durch.

Trotz der in beiden Fällen bedauernswerten Bilanz bezieht der Autor nicht nur sehr deutlich Partei, sondern er nimmt auch eine optimistische Perspektive ein: Lebuhn betont die Dichte und Stärke der Proteste und Bewegungen sowie die Bedeutung der Verschiebungen, die diese Bewegungen in der Stadtpolitik der beiden großen Städte bewirkt haben. Auch wenn es zu früh ist, die Resultate der Kämpfe abschließend zu bilanzieren, so kann doch vermutet werden, dass die Niederlagen Erfahrungen vermitteln, aus denen gelernt werden kann. Jedenfalls gilt für die Geschichte der urbanen sozialen Kämpfe in beiden Städten, die Lebuhn kurz, aber sehr eindringlich, fast wie in einem Panoptikum, für die Zeit nach der großen Revolte der 1968er Jahre skizziert, dass sie durchaus Spuren hinterlassen haben. Lebuhn spürt den konkreten ‚Fällen‘ seiner Forschung hinsichtlich des Kontextes, in dem sie sich – auch dies ist angesichts des ephemeren Charakters vieler urbaner sozialer Proteste durchaus bemerkenswert – jeweils etwas drei Jahre lang halten konnten, bis auf die Geschichte der Watts-Riots und der Black Panthers beziehungsweise bis auf die erste Besetzungsbewegung im Westberlin der frühen 1970er Jahre nach. Dabei geht der Autor in seiner vergleichenden Analyse der beiden ‚Fälle‘ äußerst systematisch vor: Er berücksichtigt sowohl die Chronologie der

beiden Kampagnen wie die bereits erwähnten historischen Wurzeln derselben. In beiden Fällen ergänzt er diese Chronologie auch um eine Art ethnographische ‚Nahaufnahme‘, indem er zwei ‚Bewegungssituationen‘ detailliert schildert: die Berliner Hausbesetzung im Rahmen der Großdemonstration vom April 2004 und den Besuch einer Anhörung des L.A. City Council durch AktivistInnen der South Central Gardens im Februar 2004. Die verschiedenen ‚Akteure‘ der Konflikte werden sehr sorgfältig, fast wie in einem Schauspiel, vorgeführt. Außer auf die Initiativen fällt der Blick dabei auf deren vielfältige Bündnispartner, auf die Regierung des Bezirks und des *City District*, die Stadtregierungen und (potentiellen) Investoren, schließlich auch auf die Polizei, deren Rolle als eigenständiger Akteur nicht unterschätzt werden darf. Lebuhn skizziert schließlich die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in die beide Konflikte eingebettet waren: den Versuch der Berliner Regierungen, an die Global-City-Politik anzuschließen, die in den 1990er Jahren (nicht nur) in den Städten des globalen Nordens zum Maßstab geworden war sowie die ökonomische Situation in L.A., einer Stadt, die geradezu ein Musterbeispiel derselben Politik darstellt.

Als wirksame Grundlage der Konfliktverläufe werden die unterschiedlichen Verortungen der beiden Stadtregierungen im Rahmen dieser Politik dargestellt. Das Resultat der Kämpfe wurde, so Lebuhn, wesentlich durch die Eingriffe bestimmt, die der lokale Staat grundsätzlich und bezogen auf die beiden ‚Fälle‘ unternahm: die South Central Gardens standen dem Ausbau der Verkehrsachse zwischen Downtown und den Häfen im Wege, einer Verkehrsachse, die unmittelbar mit der Funktion der Stadt als einer entscheidenden Drehscheibe des expandierenden globalen Warenverkehrs verknüpft ist. Das Soziale Zentrum konnte unter anderem deshalb nicht durchgesetzt werden, weil die Berliner Stadtregierung auf die Krise der Haushalte der bundesdeutschen Kommunen und Länder, die durch die Steuerpolitik der rot-grünen Regierung seit Anfang des eben vergangenen Jahrzehntes und durch das Platzen der Träu-

me, Berlin zu einem Scharnier des Ost-West-Handels und der damit verbundenen multinationalen Konzerne zu machen, mit einer rigiden Politik der Inwertsetzung städtischer Grundstücke reagierte. Lebuhn vertritt die Auffassung, dass die Konflikte einerseits im Rahmen ‚postfordistischer‘, ‚unternehmerischer‘ Stadtpolitik eine Schlüsselrolle einnahmen, andererseits jedoch nur geringe Chancen auf stadtpolitische Integration bzw. auf eine Durchsetzung der erstrebten Ziele hatten, jedenfalls im Vergleich zu früheren sozialen Protesten. Er betont, ein wichtiges Moment, das sowohl die Dynamik und die Mobilisierung der Projekte als auch ihre Grenzen bestimme, sei auf der Schattenseite der Stadtökonomie zu suchen. Denn gerade der Umstand, dass die (*would-be*) ‚globalen Städte‘ eine Politik betreiben, die nicht auf sozialen Ausgleich und Steuerung im Sinne der historischen ‚Stadtplanung‘ setzt, beförderte in beiden Fällen eine bereits lange vor dem Crash von 2007 / 2008 einsetzende Krise des sozialen Gefüges. Grundlage dieser Krise waren die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, die wachsende Polarisierung von Armut und altem wie neuem Reichtum sowie die private (und oft, wie im Berliner Bankenskandal und den Verhandlungen um die Eigentumsrechte am Gelände der South City Gardens erkennbar, auch *korrupte*) Aneignung der umkämpften städtischen *Allmende* (S. 227 ff., S. 249). Der Autor betont in diesem Zusammenhang immer wieder den Umstand, dass zur Zeit der Konflikte sowohl Berlin als auch L.A. von linken bzw. progressiven Parteien regiert wurden, die jedoch nicht willens und (nach eigener Wahrnehmung auch nicht in der Lage) waren, den Forderungen der außerparlamentarischen Initiativen zur Durchsetzung zu verhelfen. Lebuhn betont, dass die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Grundrichtungen der Stadtpolitiken von L.A. und Berlin – der Unterschied zwischen einer asymmetrisch an den Interessen einzelner Investoren ausgerichteten US-amerikanischen Stadtpolitik und der einer ‚europäischen Stadt‘ (Walter Siebel) mit ausgeprägtem Steuerungs- und Verwaltungsapparat – in den Zeiten des ‚neoliberalen Investitionsstaates‘ zwar unterschiedliche symboli-

sche Formen annehmen, sich in ihren praktischen Konsequenzen aber zunehmend angleichen. Jenseits des ökonomischen Kontexts von Globalisierung, Tertiärisierung und Haushaltskrise besteht ein wesentliches Moment dieser Angleichung nach Lebuhn im Verwaltungshandeln als solchem. Das gelte zumindest für die Bundesrepublik: Die Rationalisierung und Ökonomisierung lokalstaatlicher Bürokratien laufe in Zeiten des *New Public Management* auf eine Art Selbstentmachtung hinaus.

So sind die Handlungsspielräume der *parlamentarischen* (aber auch der staatlichen und parastaatlichen) Akteure gering. Großzügig finanzierte Megaprojekte (Opern, Schauspielhäuser, Verwaltungszentralen, Autobahnen, Brücken usw.) widersprechen dem nicht, denn sie säubern und propagieren das Image, das die Städte in der weltweiten Stadt-Konkurrenz benötigen, um Touristen, multinationale Konzerne und die unlängst immer öfter beschworenen ‚Talente‘ anzuziehen (S. 230). In diesem Zusammenhang spitzt Lebuhn sein Fazit sogar auf die Feststellung zu, dass es „keine linke Standortpolitik geben kann“ (mit Ausrufungszeichen, S. 323).

In einem gewissen Widerspruch zu diesem Fazit steht allerdings die Feststellung, der lokale Staat spiele, im Gegensatz zu einseitigen Vorstellungen von ‚Vermarktlichung‘ und ‚Privatisierung‘, nach wie vor die entscheidende Rolle bei der ‚experimentellen‘ Restrukturierung der Stadtgesellschaft: Alle wesentlichen Akteure innerhalb der beschriebenen Konflikte seien „staatlich“ oder „parastaatlich“ (S. 235 ff). Im Berliner Konflikt kamen Investoren – nicht zuletzt aufgrund der Flächenpolitik der rot-roten Landesregierung – nur als ‚potentielle‘ vor, während der Investor in L.A. stets „im Hintergrund geblieben“ sei und die eigentlichen öffentlichen Aushandlungsprozesse zwischen lokalem Staat und antagonistischer Bewegung stattgefunden hätten (S. 235). Lebuhn kritisiert in diesem Zusammenhang die anti-etatistischen Ansätze in der akademisch-linken Staatsdebatte. Dem Ausruf „Space matters!“, mit dem er seinen Text abschließt, wäre insofern hinzuzufügen: „State matters!“

Der Hinweis auf die ‚gelähmten‘ linken Regierungen der beiden Städte sowie auf die Bedeutung des lokalen Staates für die Vermittlung der ‚Glokalisierung‘ scheint mir jedoch problematisch. Die Liste der ‚Voraussetzungen‘ wirkungsvoller urbaner sozialer Bewegungen, die Lebuhn am Ende seines Buches in Anlehnung an den Manuel Castells der frühen 1980er Jahre erstellt (S. 246), erscheint zwar zunächst einmal sinnvoll, bleibt aber merkwürdig entfernt von den realen Möglichkeiten urbaner sozialer Proteste. Aber auch in theoretischer Hinsicht entfernt sich Lebuhn am Ende seines Buches unglücklich weit von der Ethnografie und der ‚Nahaufnahme‘, die er selbst so eindringlich vorgenommen hat: Wo sind die Maulwürfe in diesem Bild, in welcher Weise unterhöheln sie die ‚globale Stadt‘ und was wären die Voraussetzungen dafür, ihre Arbeit einfacher und angenehmer zu gestalten? Auf diese Fragen bietet der (sehr notwendige und verdienstvolle) Blick auf die „Privatisierungspolitik in der unternehmerischen Stadt“ (S. 227) und den „neoliberalen Interventionsstaat“ (S. 235) keine Antwort. Damit aus den Maulwürfen keine diskursiven Kaninchen werden, die vor der unternehmerischen Schlange erstarren, ihre Niederlage womöglich von vornherein einkalkulieren, müssen meines Erachtens die eigenständigen Voraussetzungen lokaler Widersetzlichkeit nicht nur betont, sondern auch systematisch ernst genommen werden.

Peter Birke

Ulrich Heyden / Ute Weinmann, Opposition gegen das System Putin. Herrschaft und Widerstand im modernen Russland, Rotpunktverlag: Zürich 2009. 326 Seiten. 24,00 €

Die im Titel angesprochene Opposition ist keine parlamentarische. Die Journalisten Ulrich Heyden und Ute Weinmann berichten vielmehr von einer „Opposition von unten“, die weniger einen Machtwechsel anstrebt als den „Aufbau einer lebenswerten Gesellschaft, in der die Einmischung in gesellschaftlich relevante Belange kein

Staatsmonopol darstellt“ (S. 7). Das Spektrum der damit in den Vordergrund gerückten gesellschaftlichen Kräfte ist breit: Es reicht von Menschenrechtsaktivisten und Gewerkschaftern über Umweltschützer bis hin zu Anarchisten. Eben im Hinweis auf diese Vielfalt besteht eines der Hauptanliegen Heydens und Weinmanns. In ihrer Einleitung monieren sie den Fokus der westeuropäischen Berichterstattung auf wenige prominente Oppositionelle wie den Ex-Schachweltmeister Gari Kasparow. Die Opposition von unten sei zwar „zersplittert und zahlenmäßig noch schwach“, knüpfe aber „an reale Probleme an, für die der Kreml keine Lösung bietet“ (S. 9).

Die ersten zwei Kapitel des Buches skizzieren die Genese der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse Russlands. Als wichtige Etappen des seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schockartig vollzogenen Übergangs in die Marktwirtschaft („Transformation“) werden die Freigabe der Verbraucherpreise im Januar 1992, die kurz darauf erfolgte Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols, die Privatisierung der Staatsbetriebe und die Freigabe der Löhne genannt. Die rasch einsetzende Hyperinflation und die durch sie bedingte Entwertung der russischen Sparguthaben geschahen vor dem Hintergrund eines drastischen Einbruchs der Industrieproduktion. Die Menschen reagierten mit den unterschiedlichsten Überlebensstrategien: Heyden und Weinmann nennen den Kleinhandel der als *Tschelnoki* („Schiffchen“) bekannten Straßenverkäufer, einen Migrationsschub, der die russische Bevölkerung seit 1989 um fünf Millionen Einwohner hat schrumpfen lassen, und das Wiederaufleben einer rudimentären Subsistenzwirtschaft auf kleinen Feldern und in Gärten. Auch offensivere Strategien zum Erhalt des einmal erreichten Lebensstandards sind immer wieder zu verzeichnen gewesen, so etwa die Bergarbeiterstreiks der späten 1990er Jahre und der Hungerstreik mehrerer hundert sibirischer und südrussischer Fluglotsen im November und Dezember 2002. Ausgeweitet haben sich solche Kämpfe insbesondere seit 2005: Heyden und Weinmann verweisen auf den Streik

mehrerer hundert Lastwagenfahrer der Moskauer Baufirma Donstroi im Februar 2005 und auf den im August desselben Jahres aufgenommenen Bummelstreik der St. Petersburger Hafendarbeiter. Einen besonderen Einschnitt sehen Heyden und Weinmann in den im Frühjahr 2005 russlandweit abgehaltenen Demonstrationen zehntausender Rentner gegen die von Putin verordnete Streichung sozialer Vergünstigungen wie etwa der kostenlosen U-Bahn-Nutzung. Ein übergreifendes Merkmal der verschiedenen Streik- und Protestbewegungen besteht Heyden und Weinmann zufolge im geringen Interesse der Beteiligten an „Theorie und Visionen“ (S. 59). Dieses Desinteresse mache die Opposition von unten zu einem „Spiegel der Gesamtgesellschaft“, denn die russische Bevölkerung lebe „praktisch von einem Tag zum anderen“ (ebd.).

Das dritte Kapitel porträtiert drei – sehr unterschiedliche – Aktivistinnen. Der Journalist Boris Kagarlitzkij, der sich seit den 1990er Jahren mehrfach um den Aufbau einer übergreifenden Organisation der unabhängigen Linken bemüht hat, setzt politisch vor allem auf die russischen Industriearbeiter und deren erstarkendes Klassenbewusstsein: „Wir haben ein neues Land bekommen,“ sagt er im Gespräch mit Heyden und Weinmann. „In den neuen Werken der westlichen Automobilkonzerne, bei Ford, Hyundai und Renault, gibt es heute nicht mehr das untertänige Hoffen auf den Vorgesetzten. [...] Für den Arbeiter bei Renault ist offensichtlich, dass der Vorgesetzte einen Vertreter einer anderen Klasse darstellt“ (S. 57). Wlad Tupikin berichtet von einer noch vor dem Kollaps der Sowjetunion entstandenen außerparlamentarischen Strömung, deren Aktivistinnen sich auf die Marx-Kritik Bakunins sowie auf dessen Überlegungen zum Föderalismus beziehen. Die im Januar 1989 aus dieser Strömung heraus gegründete Konföderation der Anarcho-Syndikalisten (KAS) habe Anfang der 1990er Jahre 1.200 Mitglieder gezählt, sei jedoch mittlerweile stark geschrumpft. (In mindestens einem Fall scheint die KAS als Durchlauferhitzer für eine parteipolitische Karriere gedient zu haben: Das frühere Mitglied Andrej Issajew ist heute Duma-Abgeordneter und sozialpolitischer Sprecher der Kreml-Partei „Einiges Russ-

land‘.) Der dritte der porträtierten Aktivisten, Lew Ponomarjow, bezeichnet sich selbst als „Sozialdemokrat und Antikommunist“ (S. 70). Auch für Ponomarjow waren die 1990er Jahre eine Zeit des Aufbruchs; er erinnert sich an die großen Demonstrationen der Demokratiebewegung von 1990. Die Ziele dieser Bewegung paraphrasiert er wie folgt: „Wir wollten eine bürgerliche Demokratie. Mit einer Marktwirtschaft wie im Westen“ (S. 74). Ponomarjows Menschenrechtsorganisation wird heute vom US-amerikanischen National Endowment for Democracy (NED) sowie von privaten Stiftungen wie der MacArthur Foundation und der Soros Foundation finanziert. Ponomarjow arbeitet auch mit ehemaligen Mitgliedern der (2007 verbotenen) Nationalbolschewistischen Partei um den Schriftsteller Eduard Limonow zusammen; es handle sich um „junge Leute, die aufopferungsvoll gegen das Regime kämpfen“ (S. 78).

Über die von Kagarlitzkij angesprochene neue Arbeiterbewegung informiert das achte Kapitel. Sie hat insbesondere seit den Jahren 2006 und 2007 auf sich aufmerksam gemacht, als die Arbeiter des St. Petersburger Ford-Werks Wsewoloschk, des ebenfalls im St. Petersburg gelegenen Heineken-Werks und des westsibirischen Ölnunternehmens Surgutneftegas bei ihren Streiks „selbstbewusst Löhne wie in Europa und die Einhaltung westlicher Normen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz“ forderten (S. 135). Die von Heyden und Weinmann zitierte französische Soziologin Carine Clément sieht in diesen Streiks einen Qualitätssprung: Die Arbeiter hätten im Gegensatz zu den 1990er Jahren „nicht nur die Zahlung von Lohnschulden und höheren Lohn“ gefordert, sondern zudem auch „Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen“ gestellt (ebd.). Dem veränderten Verhalten der russischen Arbeiter entspricht ein verändertes unternehmerisches Gegenüber: Gestreikt wurde häufig an den Standorten multinationaler Konzerne wie Ford, Toyota, General Motors, Nissan, Suzuki, VW und Nestle. Ein weiteres Merkmal der neuen Arbeiterbewegung besteht darin, dass sie ihre Kämpfe weitgehend an den – extrem zerklüfteten – Strukturen der russischen Gewerkschaften vorbei organisiert; allein im Jahr 2007

wurden landesweit 1.050 spontane Streiks gezählt (S. 160). Die 47 russischen Einzelgewerkschaften sind nach Heyden und Weinmann zwar kämpferischer als der Dachverband FNPR, sie hätten jedoch „faktisch keinen Einfluss auf die Lohnpolitik“ (S. 136). Folge sei, dass Löhne in Russland überwiegend „auf Betriebsebene“ ausgehandelt werden (ebd.).

Aus den zahlreichen außerbetrieblichen Bewegungen, über die Heyden und Weinmann berichten, stechen die im neunten Kapitel dargestellten, vor allem in Moskau und St. Petersburg aktiven Anwohnerinitiativen hervor. Zum Hintergrund ihrer Entstehung gehört der in den Jahren der Präsidentschaft Putins in beiden Städten zu verzeichnende Bauboom, auf den die Behörden immer häufiger mit der Erteilung unrechtmäßiger, weil das Mitspracherecht der Anwohner übergewaltiger Baugenehmigungen reagierten. Diese Praxis hat insbesondere seit dem Sommer 2007 eine Vielzahl von Protesten ausgelöst, wobei das Spektrum der Protestformen von öffentlichen Kundgebungen bis hin zum Einreißen von Bauzäunen reicht. Getragen werden die Proteste hauptsächlich von älteren Frauen – wenngleich es vereinzelt auch zu einer Beteiligung junger anarchistischer Aktivisten gekommen ist. Auch andere Bewegungen thematisieren Wohnungsfragen, so etwa die 2005 gegründete ‚Bewegung der Wohnheime in Moskau und im Moskauer Umland‘ (DOM), die sich für die Belange der Bewohner ehemals betrieblicher Wohnheime einsetzt. In St. Petersburg ist eine Hausbesetzerbewegung aktiv. Schließlich ist es auch außerhalb Moskaus und St. Petersburgs, so etwa in der Teilrepublik Dagestan, zu Protesten gekommen: in diesem Fall gegen Tariferhöhungen für Wohnnebenkosten, teilweise auch gegen das wiederholte Abstellen von Heizungen, Gas und Strom.

Dafür, dass sich diese und andere Proteste vor dem Hintergrund der aktuellen Weltwirtschaftskrise zuspitzen werden, spricht ein wichtiger Befund Heydens und Weinmanns: „Bislang regte sich Protest immer dann, wenn es zur Kürzung oder Streichung sozialer Vergünstigungen kam“ (S. 133). Eine Häufung solcher Kürzungen

und Streichungen erscheint angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten zwei Jahre wahrscheinlich.

Max Henninger

**Luca Basso, *Socialità e isolamento: la singolarità in Marx*,
Carocci: Rom 2008. 238 Seiten. 28,50 €**

Charakteristisch für die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie, wie sie im *Kapital* vorliegt, ist der Spott über die „Robinsonaden“ insbesondere von Adam Smith, also über die Vorstellung eines in idyllischer Selbständigkeit wirtschaftenden Individuums, das aus freier Abwägung heraus nach und nach Tauschbeziehungen mit anderen solchen Individuen eingeht und damit einen auf gesellschaftliche Arbeitsteilung gründenden Markt schafft. Luca Basso, Philosophiedozent an der Universität von Padua und Autor einer Studie über Leibniz sowie verschiedener Zeitschriftenbeiträge über Marx, zeigt in *Socialità e isolamento: la singolarità in Marx* („Gesellschaftlichkeit und Vereinzelung: Die Singularität bei Marx“), dass dem Spott über die „Robinsonaden“ ein Individualitätsbegriff zugrundeliegt, der als Ergebnis einer etwa fünfzehnjährigen, zwischen der *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* (1843) und den *Grundrissen* (1857–58) geleisteten Reflexion zu verstehen ist. Indem Basso den Verlauf dieser Reflexion rekonstruiert, wendet er sich einerseits gegen das Zerrbild von Marx als einem ausschließlich an Klassen, nicht aber an Individuen interessierten Theoretiker, andererseits aber auch gegen Versuche wie den von Jon Elster, den Verfasser des *Kommunistischen Manifests* in die Nähe des klassischen Liberalismus zu rücken.

Der vor allem in der neueren französischen Philosophie (Alain Badiou, Jean-Luc Nancy) gebräuchliche Begriff der Singularität dient Basso als Alternative zum klassischen, von Marx anhand der „Robinsonaden“ kritisierten Individualitätsbegriff. Wie Rousseau in seiner Gesellschaftstheorie, so gehen Smith und Ricardo in ihrer

politischen Ökonomie an verschiedenen Schlüsselstellen davon aus, der Einzelne könne auch außerhalb seiner Interaktion mit anderen, etwa als in einem beziehungsfreien vorgesellschaftlichen Zustand existierend, gedacht werden: als ein Wesen, das auf gesellschaftliche Beziehungen nicht oder nur aus kontingenten Gründen angewiesen ist. Der Singularitätsbegriff zielt dagegen auf ein Individuum ab, das nur als gesellschaftlich interagierendes denkbar ist und einzig aus seinen dynamischen Beziehungen zu anderen Individuen heraus verstanden, diesen also nicht zeitlich oder logisch vorangestellt werden kann. Basso zufolge liegt diese Vorstellung von Individualität sehr nah an den Marxschen Überlegungen zur Gesellschaftlichkeit und zur Stellung der Einzelnen innerhalb der Gesellschaft.

Basso unterscheidet drei Etappen in der Entwicklung der Marxschen Reflexion über Individualität und Gesellschaftlichkeit. Die erste reicht von Marxs früher Auseinandersetzung mit dem Hegelschen Staatsbegriff bis zur *Deutschen Ideologie* (1845–46). In *Zur Kritik des Hegelschen Staatsrechts* (1843), den *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten* (1844), dem Aufsatz über die *Judenfrage* (1844) und in der *Heiligen Familie* (1845) kreisen Marxs Überlegungen um den Begriff der Entfremdung des Menschen von seinem Gattungswesen: Die unter kapitalistischen Verhältnissen geleistete Arbeit entfremde den Menschen nicht nur von sich selbst, von „seine[r] eigne[n] tätige[n] Funktion, seine[r] Lebenstätigkeit“, sondern sie entfremde ihn auch von der „Gattung“, denn das „Gattungsleben“ werde zum bloßen „Mittel des individuellen Lebens“ (MEW 40, S. 516). In der *Judenfrage* konkretisiert Marx diese Diagnose anhand des bürgerlichen Freiheitsbegriffs: „Die Freiheit ist [...] das Recht, alles zu tun und zu treiben, was keinem andern schadet. [...] [Das] Menschenrecht der Freiheit basiert nicht auf der Verbindung des Menschen mit dem Menschen, sondern vielmehr auf der Absonderung des Menschen von dem Menschen“ (MEW 1, S. 364). Darin sei das bürgerliche Eigentumsrecht bereits implizit. Der Kommunismus als „positive Aufhebung des *Privateigentums*“ wird von Marx denn auch als „Rückkehr des Men-

schen [...] in sein *menschliches*, d. h. *gesellschaftliches* Dasein“ verstanden (MEW 40, S. 537).

Hier wird also die Isolation des Individuums innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt gerückt. Am stärksten zugespitzt findet sich diese Vorstellung freilich in einem von Engels verfassten Text, nämlich in der *Lage der arbeitenden Klasse in England* (1844). Im Kapitel über die großen Städte betont Engels die „gefühllose Isolierung jedes einzelnen auf seine Privatinteressen“. Die „Auflösung der Menschheit in Monaden, deren jede ein apartes Lebensprinzip und einen aparten Zweck hat“, erweist sich, so Engels, als „Grundprinzip unserer heutigen Gesellschaft“. Der „soziale Krieg, der Krieg Aller gegen Alle“, sei „offen erklärt“ (MEW 2, S. 257).

Basso rekonstruiert die allmähliche Abkehr Marxens von diesem Gesellschaftsbild, wie sie sich in den *Thesen über Feuerbach* und in der *Heiligen Familie* (beide 1845) bereits abzeichnet, um dann in der 1846 fertiggestellten *Deutschen Ideologie* in Form einer gründlich revidierten Theorie des Verhältnisses von Individualität und Gesellschaftlichkeit vollends zutage zu treten. 1859 sollte sich Marx an die Niederschrift dieses gemeinsam mit Engels verfassten Werkes als an eine „Abrechnung mit unserm ehemaligen philosophischen Gewissen“ erinnern (MEW 13, S. 10). An die Stelle der einen Krieg aller gegen Alle austragenden Monaden treten in der *Deutschen Ideologie* historisch bestimmte und zugleich auch historisch aktive Individuen, die „eine Masse von Produktivkräften, Kapitalien und Umständen“ vorfinden, diese aber auch modifizieren, so dass also „die Umstände ebensowohl die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen“ (MEW 3, S. 38). Neben dem Begriff der Produktivkräfte werden auch diejenigen des menschlichen „Verkehrs“ und der sich historisch wandelnden „Verkehrsform“ entwickelt. Schließlich arbeitet Marx anhand der Arbeitsteilung erstmals seine charakteristische Auffassung von der Ambivalenz der kapitalistischen Produktionsweise heraus: „Mit der Arbeitsteilung [...] ergibt sich die Möglichkeit einer richtiggehenden indivi-

duellen Entwicklung; gleichzeitig ist das Individuum aber auf scheinbar lähmende Weise dem gesellschaftlichen Kontext unterworfen, in dem es sich als handelndes wiederfindet“, paraphrasiert Basso die entsprechenden Überlegungen Marxens (S. 101).

Basso verschweigt nicht, dass in der Marxschen Analyse der Arbeitsteilung und der von ihr eröffneten geschichtlichen Möglichkeiten auch jene Geschichtsteologie und jenes ausschließliche Setzen auf die kapitalistische Entwicklung angelegt sind, aufgrund derer Marx sich später (in den *Grundrissen*) zu kategorischen Feststellungen wie jener verleiten lassen sollte, außerhalb der arbeitsteilig organisierten Gesellschaft sei an eine „freie und volle Entwicklung, weder des Individuums, noch der Gesellschaft nicht [...] zu denken“ (MEW 42, S. 395). Basso spricht von einer für das 19. Jahrhundert typischen „großen Erzählung“, geht allerdings nur flüchtig darauf ein. Sein Hauptinteresse gilt der Frage, wie der Übergang Marxens von der ersten zur zweiten Etappe der Reflexion über Individualität und Gesellschaftlichkeit zu erklären sei. Althussers These vom „epistemologischen Bruch“ – also von einem dramatischen Einschnitt, der den jüngeren, „humanistischen“ von dem späteren, „wissenschaftlichen“ Marx trenne – hält Basso zwar nicht für grundsätzlich falsch, wohl aber für unterkomplex. Die Aussagen der *Deutschen Ideologie* würden gegenüber Marxens früheren Überlegungen sowohl „eindeutige Brüche“ als auch „Momente der Kontinuität“ aufweisen (S. 91). Ausschlaggebend für die Weiterentwicklung des Marxschen Ansatzes sei die Rezeption der Kämpfe des Proletariats gewesen. Basso verweist auf den schlesischen Weberaufstand von 1844 und auf den englischen Chartismus. Er merkt an: „Die politische Betätigung von Marx und Engels innerhalb der Arbeiterbewegung beginnt nicht zufällig nach der Niederschrift der *Thesen über Feuerbach* und etwa zu Beginn der Niederschrift der *Deutschen Ideologie*. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Ausdruck ‚kommunistische Partei‘ in der *Deutschen Ideologie* zum ersten Mal verwendet wird“ (S. 96).

Die zweite Etappe in der Entwicklung der Marxschen Reflexion über Individualität und Gesellschaftlichkeit fällt also zusammen

mit der ersten (und auch intensivsten) Phase von Marxens politischer Betätigung. Die Begrifflichkeit des Klassenkampfes, wie sie bei Marx und Engels vielleicht nirgends eindrücklicher als in ihrer bekanntesten politisch-publizistischen Intervention, dem *Manifest der Kommunistischen Partei* (1848), zum Einsatz kommt, ersetzt die noch stark von philosophischer Lektüre geprägte Begrifflichkeit der Vorjahre. Die Vorstellung von der historischen Mission des Proletariats als jener Klasse, die als einzige befähigt sei, die Klassenordnung aufzuheben, wird in diesen Jahren formuliert: „[Die] Subsumtion der Individuen unter bestimmte Klassen kann nicht eher aufgehoben werden, als bis sich eine Klasse gebildet hat, die gegen die herrschende Klasse kein besonderes Klasseninteresse mehr durchzusetzen hat“ (MEW 3, S. 75).

Die dritte von Basso unterschiedene Etappe fällt mit der Niederschrift der *Grundrisse* zusammen. Nach den politischen Niederlagen der Revolutionsjahre 1848–49 und den vor allem im *Achtzehnten Brumaire des Louis Napoleon* (1852) formulierten Ansätzen einer Staatstheorie widmet sich Marx 1857–58 als Zeitzeuge der ersten Weltwirtschaftskrise der Aufgabe, die ihn bis zu seinem Lebensende in Anspruch nehmen sollte: der Kritik der politischen Ökonomie. Basso zeigt, wie in den *Grundrissen* jenes Paradigma der doppelt freien Lohnarbeit entwickelt wird, das später zu einem der Ecksteine der im *Kapital* vorgelegten Theorie werden sollte. Die Gleichung „Kapitalismus = Lohnarbeit = freie Arbeit“ erscheint Basso, wie schon die früheren Marxschen Überlegungen zur Arbeitsteilung, als Ausdruck einer fragwürdigen „großen Erzählung“: „Tatsächlich sind Formen der Knechtschaft und Varianten der Zwangsarbeit im Kapitalismus nie von der Bildfläche verschwunden; insofern muss der Begriff der freien Arbeit problematisiert werden“ (S. 161). Ob, wie Basso im nächsten Satz meint, die Postcolonial Studies das nötige Rüstzeug dazu liefern, sei hier dahingestellt; der von Basso ebenfalls vorgeschlagene Rückgriff auf Rosa Luxemburgs *Akkumulation des Kapitals* erscheint dem Verfasser dieser Rezension jedenfalls vielversprechender.

Der Begriff der individuellen Entwicklung ist in den *Grundrisen* eng an den der doppelt freien Lohnarbeit und dieser wiederum an den der Trennung (der Menschen von ihren Produktions- und Subsistenzmitteln) gekoppelt. Die „Trennung der freien Arbeit von den objektiven Bedingungen ihrer Verwirklichung“ wird ausdrücklich nicht nur als Vorbedingung des Kapitalismus, sondern auch als solche der individuellen Entwicklung bestimmt, denn vorkapitalistischen Gemeinschaften werden ja, wie schon erwähnt, die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung abgesprochen (MEW 42, S. 383). Auch später, im *Kapital*, wird es von den „alten gesellschaftlichen Produktionsorganismen“ heißen, dass sie entweder auf „unmittelbaren Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen“ beruht hätten oder aber auf der „Unreife des individuellen Menschen, der sich von der Nabelschnur des natürlichen Gattungszusammenhangs mit andren noch nicht losgerissen hat“ (MEW 23, 93). Wenn Hans-Jürgen Krahl in einer von Basso zitierten Notiz bemerkt, für vorkapitalistische Zeiten lasse sich zwar von Menschen und Gemeinschaften, nicht aber von Individuen und Gesellschaften sprechen, da die Entwicklung des Menschen zum Individuum erst unter kapitalistischen Verhältnissen möglich werde und Gesellschaft den Verkehr solcher Individuen voraussetze, dann gibt er damit nur die von Marx in den *Grundrisen* formulierte Position wieder.

Ausschlaggebend sind für Marx dabei nicht die Individuen selbst, sondern ihre Beziehungen zueinander. Zugespitzt heißt es in den *Grundrisen*: „Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn“ (MEW 42, S. 189). Die Differenz zu dem in der ersten Hälfte der 1840er Jahre gezeichneten Bild der bürgerlichen Gesellschaft könnte kaum deutlicher sein: Nicht die Isolation der Individuen ist jetzt das Prinzip der Gesellschaft, sondern ihre Interaktion. Marxens Spott über die Vorstellung eines vor- und damit außergesellschaftlichen Individuums hat hier ihre Grundlage. Tatsächlich äußert sich Marx in den *Grundrisen* erstmals kritisch zu den eingangs erwähnten „Robinsonaden“

von Smith und Ricardo, indem er festhält, der „einzelne und vereinzelte Jäger und Fischer, womit Smith und Ricardo beginnen,“ gehöre zu den „phantasielosen Einbildungen des 18. Jahrhunderts“ (MEW 42, S. 19). Der Mensch, heißt es kurz darauf, sei „nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann“ (MEW 42, S. 20). Eine solche „Vereinzelung in der Gesellschaft“ sieht der Marx der *Grundrisse* im Kapitalismus verwirklicht; die im Kapitalismus gegebene „wechselseitige und allseitige Abhängigkeit“ ist ihm zufolge zugleich eine „gegenseinander gleichgültige[r] Individuen“ (MEW 42, S. 89 f.). In dieser Gleichgültigkeit – „Gleichgültigkeit [...] im Sinn der Indifferenz“, wie Marx an anderer Stelle präzisiert – komme die Herrschaft der für die kapitalistische Gesellschaft konstitutiven „Abstraktionen“ und allen voran des Tauscherts zum Ausdruck, gemäß einer Logik, deren endgültige Ausformulierung Marx freilich erst im *Kapital* leisten sollte (MEW 42, S. 551, 97). Auch dort wird, wie schon in den *Grundrissen*, die kapitalistische Entwicklung als eine unheilbar widersprüchliche bestimmt, gekennzeichnet sowohl durch die Schaffung aller nur denkbaren Voraussetzungen für die entfaltete Gesellschaftlichkeit frei assoziierter Individuen als auch durch die Aufrechterhaltung von Trennung und Isolation. Aus dieser Widersprüchlichkeit hat Marx bekanntlich den kommenden Zusammenbruch des Kapitalismus zu beweisen versucht – in den *Grundrissen* vor allem im sogenannten Maschinenfragment, wo eine „Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums“ postuliert wird, durch welche die „auf dem Tauschwert ruhnde Produktion“ in den Zusammenbruch getrieben werde (MEW 42, S. 601). Bassos kritische Diskussion sowohl dieser Prognose als auch ihrer jüngeren Interpretationen rundet diese verdienstvolle Studie ab.

Max Henninger